

Entwicklung einer Jugend- strategie

Ein Netzwerk entsteht

Phase 1

bmwfi jugendstrategie bmwfi jugendstrategie
jugendstrategie bmwfi jugendstrategie
bmwfi jugendstrategie bmwfi jugendstrategie
jugendstrategie bmwfi jugendstrategie
bmwfi jugendstrategie bmwfi jugendstrategie
jugendstrategie bmwfi jugendstrategie
bmwfi jugendstrategie bmwfi jugendstrategie
jugendstrategie bmwfi jugendstrategie
bmwfi jugendstrategie bmwfi jugendstrategie
jugendstrategie bmwfi jugendstrategie
bmwfi jugendstrategie bmwfi jugendstrategie
jugendstrategie bmwfi jugendstrategie

IMPRESSUM

Herausgeber:
Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend,
Abteilung Jugendpolitik (Sektion II, Abteilung 5)
Franz-Josefs-Kai 51, 1010 Wien

Druck: offset3000 Druck- und Endverarbeitungs GmbH, 7035 Steinbrunn

Foto: BMWFJ/Hans Ringhofer

Layout: Iris Schneider (ÖA)

Für den Inhalt verantwortlich:
Der Inhalt wurde im Rahmen der Entwicklungsgruppe Jugendstrategie (Vertreter/innen des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend, der Bundes-Jugendvertretung, des bundesweiten Netzwerk Offene Jugendarbeit und des Bundesnetzwerk Österreichische Jugendinfos) sowie mit dem Institut für Strategieanalysen erarbeitet.

Inhalt

Vorwort	3
Executive Summary	5
Einleitung	7
1 Nachhaltiger Prozess zur Entwicklung der Jugendstrategie	9
1.1 Entwicklungsgruppe	11
1.2 Bundes-Jugendvertretung und Bundesnetzwerke	11
1.2.1 Bundes-Jugendvertretung (BJV).....	12
1.2.2 Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit (boJA)	12
1.2.3 Bundesnetzwerk Österreichische Jugendinfos	13
2 Strukturelle Ziele	14
2.1 Wissen	14
2.2 Transparenz	15
2.3 Gestaltungsspielraum	15
2.4 Umsetzung des Prozesses auf Bundesebene	15
2.5 Modellprojekt BMWFJ	16
2.5.1 Wissen	17
2.5.2 Transparenz	17
2.5.3 Gestaltungsspielraum	17
3 Inhaltliche Ziele	18
3.1 EU-Jugendstrategie 2010 - 2018	19
3.2 Nationale Aktionspläne und Strategien	20
3.3 Die acht Handlungsfelder der Jugendstrategie	21
4 Zielfindung	24
4.1 Arbeit/Beschäftigung und Unternehmergeist	24
4.2 Allgemeine und berufliche Bildung	25
4.3 Jugend in der Welt	26
4.4 Soziale Eingliederung	27
4.5 Freiwilligentätigkeit	28
4.6 Partizipation	29
4.7 Gesundheit und Wohlbefinden	30
4.8 Kreativität und Kultur	31
5 First Steps 2012	33
5.1 Allgemeine und berufliche Bildung	33
5.2 Soziale Eingliederung	34
5.3 Kreativität und Kultur	35

6	Ausblick.....	38
6.1	Weitere Entwicklung der First Steps.....	38
6.2	Partizipation Jugendlicher.....	38
6.3	Auswertung Nationale Aktionspläne/Strategien.....	38
6.4	WTG-Prozess in anderen Ressorts.....	39
6.5	Koordinationsstelle Jugendpolitik.....	39
6.6	Einbeziehung aller politischen Ebenen.....	39
6.7	Europäische Ebene.....	39
7	Anhang.....	40



Vorwort

Mit der Entwicklung einer nachhaltigen und langfristigen Jugendstrategie macht Österreichs Jugendpolitik einen wichtigen Schritt in die Zukunft – und setzt ein starkes Signal für die aktive Einbindung der jungen Menschen im Land. Nachdem wir mit der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre in Europa eine Vorreiterrolle eingenommen haben, wollen wir die jungen Menschen in Österreich mit der Jugendstrategie einladen, sich in die Gestaltung ihrer Zukunft mehr denn je einzubringen. Die Bevölkerungsentwicklung hin zu einer demografisch alternden Gesellschaft macht deutlich, dass die Interessen der jungen Generationen stärker artikuliert und umgesetzt werden müssen.

Die Jugendstrategie versteht sich als laufender Prozess. Sie formuliert Ziele, Visionen und konkrete Maßnahmen im Interesse der Jugend und entwickelt diese weiter. Die Bandbreite der Themen ist – aufbauend auf den Handlungsfeldern der EU-Jugendstrategie – groß: Diese reicht von Bildung, Beschäftigung und Unternehmergeist über Gesundheit und Freiwilligentätigkeit bis hin zu Partizipation, Kreativität und sozialer Integration.

Umso wichtiger ist es, dass die Jugendstrategie nicht nur als Anspruch am Papier besteht, sondern möglichst rasch mit Leben erfüllt wird. Deshalb sollen ausgewählte Maßnahmen und Projekte bereits 2012 umgesetzt werden. Da wir die Anliegen der jungen Menschen im Land ernst nehmen, wollen wir diesen Kurs auch in den Folgejahren konsequent fortsetzen.

Unsere Anstrengungen sollen für alle anderen Entscheidungsebenen und Entscheidungsträger ein Signal sein: Denn Jugendpolitik ist letztlich eine Querschnittsmaterie, die auch die Bundesländer und Gemeinden betrifft. Gemeinsam müssen wir unsere Anstrengungen für die Jugend bündeln und den Know-how-Transfer intensivieren, um gemeinsam mehr zu bewegen.

Deshalb baut die neue Strategie nicht nur auf den Arbeiten des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend auf, sondern beinhaltet in einem ersten Schritt Aktivitäten der Bundes-Jugendvertretung und der Bundesnetzwerke der Offenen Jugendarbeit und Jugendinformation. Maßnahmen der Länder und anderer Ressorts sollen in der weiteren Umsetzung folgen. Denn unsere Verantwortung für die Jugend und ihre Zukunft ist unteilbar.

Dr. Reinhold Mitterlehner

Bundesminister für Wirtschaft,
Familie und Jugend

Executive Summary

Die Jugendstrategie des BMWFJ ist ein Prozess zur Stärkung und Weiterentwicklung der Jugendpolitik in ganz Österreich. Ihr Ziel ist es, Politiken und Maßnahmen für junge Menschen zu bündeln, zu systematisieren und ihre Wirksamkeit zu optimieren.

Sie soll aber auch neue Handlungs- und Kooperationsfelder aufspüren, weiteren Handlungsbedarf benennen und diesen bereits mit greifbaren Maßnahmen unterlegen. In der ersten Phase der Jugendstrategie liegt der Fokus auf jenen Schritten, die bereits im Jahr 2012 realisiert werden können. Zusätzlich werden mittel- und langfristige Visionen und Perspektiven für weitere Umsetzungsschritte aufgezeigt.

Wesentliches Kennzeichen der Jugendstrategie ist die aktive Einbeziehung von Jugendlichen auf vielfältige Weise. Hier steht die Zielgruppe der 14- bis 24-Jährigen im Zentrum. Deren kontinuierliche Einbindung wird von der Bundes-Jugendvertretung und den Bundesnetzwerken der Offenen Jugendarbeit und Jugendinformation bis hin zu den lokalen Organisationen und Vereinen gewährleistet und findet sich im gesamten Prozess zur Entwicklung der Jugendstrategie wieder.

Inhaltliche Grundlagen der Jugendstrategie sind - zusätzlich zur jugendpolitischen Arbeit des BMWFJ - die EU-Jugendstrategie 2010-2018, im Themenzusammenhang relevante und im Hinblick auf ihre jugendpolitische Relevanz systematisch ausgewertete Nationale Aktionspläne und Strategien sowie die Arbeit der Bundes-Jugendvertretung und der Bundesnetzwerke der Offenen Jugendarbeit und Jugendinformation.

Von einer im Februar 2012 eingesetzten "Entwicklungsgruppe" für die Jugendstrategie wurde gemeinsam mit der Bundes-Jugendvertretung und den Bundesnetzwerken der Offenen Jugendarbeit und Jugendinformation eine erste Sammlung jugendpolitischer Ziele und Maßnahmen vorgelegt. Diese beziehen sich auf die Handlungsfelder Allgemeine und berufliche Bildung, Arbeit/Beschäftigung und Unternehmergeist, Gesundheit und Wohlbefinden, Partizipation, Freiwilligentätigkeit, Soziale Eingliederung, Jugend in der Welt sowie Kreativität und Kultur. Aus den formulierten Zielen und Maßnahmen wählte das BMWFJ Projekte aus, die als „First Steps“ noch im Jahr 2012 realisiert werden. So werden beispielsweise Unternehmen bei der Einschätzung und Anerkennung der informell und non-formal erworbenen Qualifikationen ihrer künftigen Beschäftigten unterstützt und werden zur verpflichtenden "Wirkungsorientierten Folgenabschätzung" bei Gesetzesvorhaben vertiefende Schulungen für Legist/innen zum Modul "Kinder und Jugend" angeboten. Zusätzlich wird ein Maßnahmenpaket Medienkompetenz geschnürt.

Zur Stärkung von Jugendpolitik als Querschnittsmaterie, die Gemeinden, Länder und Bund betrifft, forciert das BMWFJ das „Wissen-Transparenz-Gestaltungsspielraum“(WTG)-Modell. Durch Wissens-Transfer zwischen den Akteur/innen und mehr Transparenz kann der jugendpolitische Gestaltungsspielraum beispielsweise durch Kooperationen erweitert werden. Dem Jugendressort kommt bei diesem Prozess auf Basis eines Modellprojekts Impuls- und Vorbildwirkung zu. Ziel ist ein Netzwerk im Interesse der Jugend, das vom BMWFJ koordiniert wird.

Die Jugendstrategie soll schließlich die Erreichung von jugendpolitischen Zielsetzungen durch die Messung von qualitativen und quantitativen Indikatoren verbessern und damit die Grundlage für die laufende Evaluierung der Effektivität von Jugendpolitik in ganz Österreich bieten. Ziel ist es, die gewonnenen Erkenntnisse im Interesse der Jugend auch auf EU-Ebene einzubringen.

Dabei ist stets mitzubedenken, dass die Jugendstrategie keinen abschließenden Anspruch an einen Strategieentwicklungsprozess stellt, sondern vielmehr dessen Träger ist. Durch die Nähe zur Zielgruppe - somit im ständigen Austausch mit Jugendvertreter/innen und den Jugendlichen selbst - kann die Jugendstrategie auf sich wandelnde Herausforderungen eingehen und richtungsweisend agieren.

Einleitung

Das Wohlergehen der Jugend ist das große Ziel der Jugendpolitik. Deshalb unterstützt sie junge Menschen aktiv mit Blick auf ihre Lebenssituation und ihre Lebensperspektiven. Die Jugendstrategie soll dabei eine wichtige Rolle spielen. Ihre Aufgabe ist es, österreichweit Politiken und Maßnahmen für junge Menschen inhaltlich zu bündeln, zu systematisieren und ihre Wirksamkeit zu optimieren. Dabei wird auch die EU-Jugendstrategie 2010-2018 berücksichtigt.

Um das Wohlergehen der Jugend zu sichern bzw. zu verbessern, ist es wichtig, fundiert über Lebensbedingungen, Werte und Verhaltensweisen junger Menschen Bescheid zu wissen und diese Erkenntnisse mit anderen, für Jugendliche relevanten Politikbereichen auszutauschen. So können konkrete Schwerpunkte und Maßnahmen in der Jugendpolitik gesetzt werden. Zudem wird auch das Bewusstsein für Jugend und Jugendpolitik als Querschnittsmaterie gestärkt.

Im Zentrum der Jugendstrategie steht die **Zielgruppe der 14- bis 24-Jährigen**. Im Rahmen der vorliegenden Strategie werden daher auch Nationale Aktionspläne, Strategien und Maßnahmen erhoben und analysiert, die für 14- bis 24-jährige junge Menschen, die in Österreich leben, relevant sind (vgl. dazu 3.2). Diese Altersfestlegung orientiert sich an unterschiedlichen Definitionen. Eine einheitliche Bestimmung des Status „jugendlich“ existiert nicht (siehe Kasten „Der Jugendbegriff“).

Zahlenmäßig sind junge Menschen der älteren Generation unterlegen. 2011 gab es in Österreich nur knapp 1,1 Millionen 14-24-Jährige, jedoch gut doppelt so viele Pensionist/innen. Dieses Verhältnis wird sich in Zukunft weiter in Richtung der älteren Generation verschieben. 2030 wird der Anteil der jüngsten Bevölkerungsgruppe auf 14,2 Prozent abfallen und jener der über 60-Jährigen auf 31,2 Prozent steigen (Statistik Austria 2012). Dabei wird die Zahl der Jugendlichen aufgrund der geringen Kinderzahl nicht kontinuierlich sinken, sondern es wird zu einem relativ abrupten Einbruch der Kohorte der 15-19-Jährigen zwischen 2009 und 2018 kommen (vgl. 6. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich, BMWFJ 2011).

Mit der Alterung der Gesellschaft sind auch steigende Kosten im Pensions-, im Gesundheits- und im Pflegesystem verbunden. Die Versorgungsstruktur verschiebt sich von Kindern (Kindergärten, Schulen) zu Pensionist/innen (Alters- und Pflegeheime). Durch die Alterung der Bevölkerung kommt es aber auch zu einer Verschiebung von Interessen in der Bevölkerung. Sie kann sich in politischen Schwerpunktsetzungen niederschlagen, welche auf die Interessen der Jugend nicht ausreichend Bedacht nehmen. Die **Entwicklung der Jugendstrategie** versteht sich damit auch als **Lobbying für Jugendliche**.

Der Jugendbegriff

In der österreichischen Rechtsordnung finden sich unterschiedliche Altersdefinitionen für Kinder und Jugendliche. Gemäß der UN-Kinderrechtskonvention gilt als Kind jede Person, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, soweit die Volljährigkeit nach dem auf das Kind anzuwendende Recht nicht früher eintritt. Andererseits sprechen z.B. Jugendschutzgesetze von "jungen Menschen" bis zum 18. Lebensjahr.

Als Jugendliche werden gemäß Bundes-Jugendvertretungsgesetz und Bundes-Jugendförderungsgesetz (Vollzug BMWFJ) alle jungen Menschen bis zur Vollendung ihres 30. Lebensjahres verstanden. Für sie hat sich auch der Begriff "junge Erwachsene" durchgesetzt. Nach unten hin ist die Abgrenzung zwischen "Jugendlichen" und "Kindern" ebenso schwierig. Im Rahmen eines Forschungsprojektes wurde der Übergang beispielsweise daran festgemacht, ob sich das Kind noch von den Eltern ins Bett bringen lässt.

Innerhalb dieser altersbezogenen Rahmen handelt es sich bei Jugendlichen um eine sehr heterogene Gruppe. Auch klassische Definitionen für das Erwachsenenalter, wie eigener Haushalt, fertige Ausbildung oder Einstieg in die Berufswelt sind wenig aussagekräftig, da sich diese Zeitpunkte tendenziell immer weiter nach hinten verschieben. Politiken, Programme und Maßnahmen müssen daher darauf achten, den Kinder- und Jugendbegriff nicht nur altersmäßig, sondern zielgruppenspezifisch anzuwenden und somit auf die unterschiedlichen Lebenslagen und Bedürfnisse junger Menschen einzugehen. Als primäre Zielgruppe der Jugendstrategie wurden die 14- bis 24-Jährigen festgelegt, gegebenenfalls sind aber auch Ältere und Jüngere zu berücksichtigen.

Jugendpolitik

Jugendpolitik hat die Aufgabe, die Lebenssituation und Lebensperspektiven junger Menschen zu gestalten. Sie soll jungen Menschen helfen, die Anforderungen in der Lebensphase Jugend und den Übergang ins Erwachsenenleben zu bewältigen. Jugendpolitik lässt sich daher am Besten durch ihre Ziele, Absichten und Wege beschreiben.

Zentrale Anliegen sind der Schutz von Kindern und Jugendlichen und die Förderung ihrer Entwicklung als eigenständige Persönlichkeiten, damit diese ein selbständiges und eigenverantwortliches Leben führen und ihre produktiven und kreativen Potenziale für gesellschaftliches Engagement nutzen können.

Mit diesem Grundverständnis verknüpft sind zwei wesentliche Prinzipien einer erfolgreichen Jugendpolitik: Erstens gilt es, stets die Bedürfnisse und Anliegen der jungen Menschen selbst einzubeziehen – nicht eine Politik für sondern eine Politik mit Jugendlichen ist anzustreben. Zweitens kann Jugendpolitik nicht auf ein Ressort reduziert werden. Vielmehr ist Jugend in allen Politikbereichen von Bedeutung und entsprechend zu berücksichtigen.

Deshalb verfolgt auch die "Jugendstrategie - Ein Netzwerk entsteht" das gemeinsame Ziel, Jugend in allen Politikbereichen sichtbar zu machen und eine effiziente und nachhaltige Jugendpolitik zu ermöglichen.

1 Nachhaltiger Prozess zur Entwicklung der Jugendstrategie

Der Titel der "Jugendstrategie - Ein Netzwerk entsteht" ist Programm: Er repräsentiert einen strategisch fundierten Entwicklungsprozess, der vom BMWFJ gestartet wurde. Die Jugendstrategie ist nicht Schlusspunkt dieses Prozesses, sondern dessen Träger und Plattform. Strukturelle (siehe 2) und inhaltliche Ziele (siehe 3) werden in diesem Prozess gemeinsam verfolgt.

Wesentliche inhaltliche Ausgangs- und Bezugspunkte der Jugendstrategie sind zusätzlich zur jugendpolitischen Arbeit des BMWFJ die EU-Jugendstrategie 2010-2018 (siehe 3.1), die im Themenzusammenhang relevanten Nationalen Aktionspläne und Strategien (siehe 3.2) sowie die Arbeit der Bundes-Jugendvertretung und der Bundesnetzwerke der Offenen Jugendarbeit und Jugendinformation (siehe 1.2).

Im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft, Familie und Jugend wurde im Februar 2012 eine "Entwicklungsgruppe" für die Jugendstrategie (siehe 1.1) eingesetzt. Sie formulierte auf Grundlage der EU-Jugendstrategie acht Handlungsfelder als Rahmen für inhaltliche Ziele. Es wurden erste Maßnahmen der Beteiligung Jugendlicher entwickelt und Ziele formuliert (siehe 4). Aus der ambitionierten Ideensammlung wurden vom Jugendminister zentrale Ziele als „First Steps“ (siehe 5) zur Umsetzung noch im Jahr 2012 ausgewählt.

Parallel wurde der „Wissen-Transparenz-Gestaltungsspielraum“(WTG)-Prozess (siehe 2) im BMWFJ als Modellprojekt gestartet (siehe 2.5). Im Herbst 2012 steht ein Dialog-Prozess mit Jugendlichen am Programm. Die gesammelten Nationalen Aktionspläne und Strategien wurden auf jugendpolitische Inhalte hin analysiert. Das ist Grundlage des ersten Berichts der "Jugendstrategie - Ein Netzwerk entsteht".

Im Anschluss daran wird eine Koordinationsstelle Jugendpolitik eingerichtet. Sie wird den Roll-out des WTG-Prozesses in anderen Ressorts anstoßen. Ziel ist es, dass inhaltliche Ziele im Rahmen der acht Handlungsfelder genauer beschrieben, operativ definiert und als Maßnahmen umgesetzt werden. Schritt für Schritt werden Kooperationen aufgebaut und die Handlungsfelder mit jugendpolitischem Leben gefüllt, damit in ganz Österreich ein Netzwerk im Interesse der Jugend entsteht.

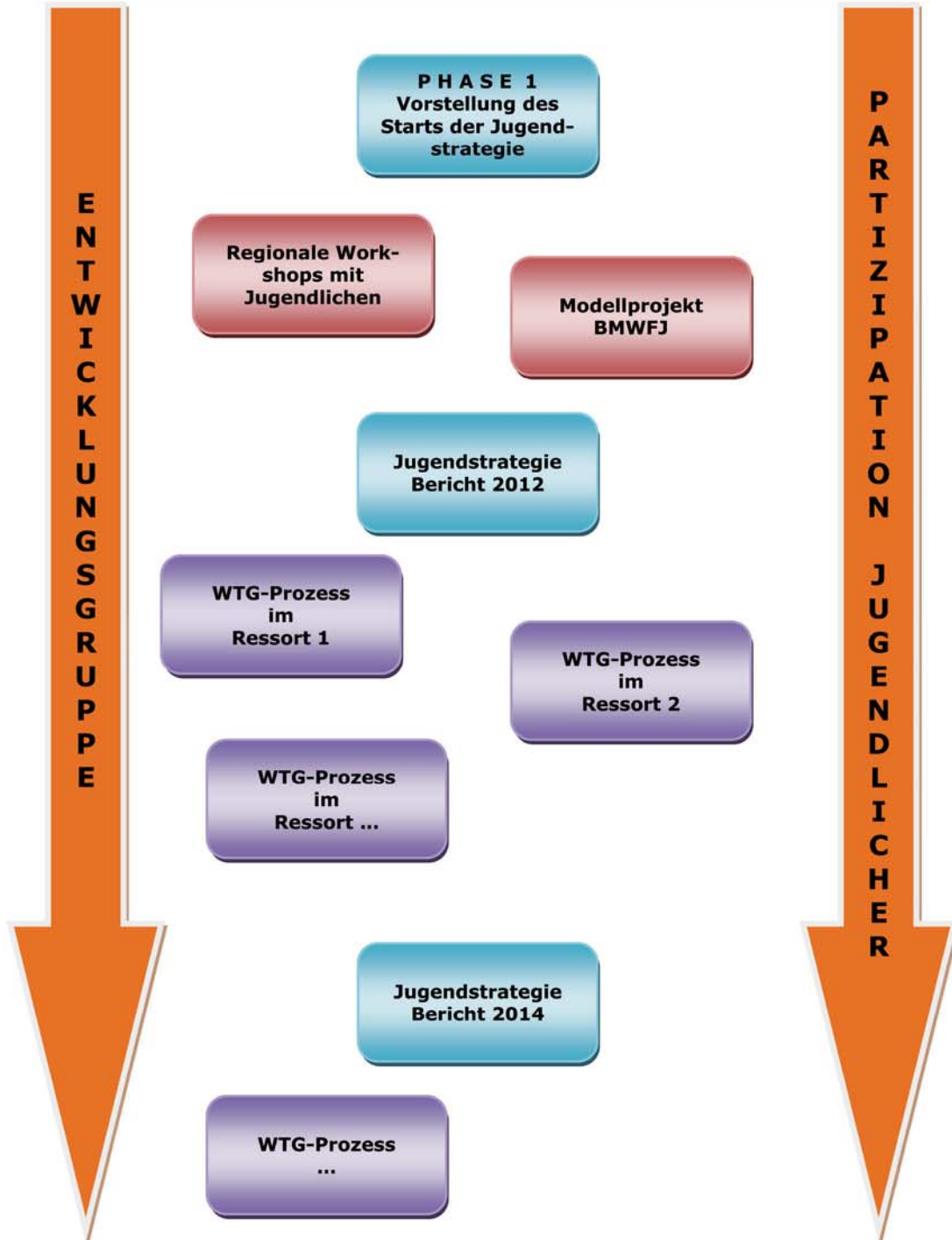
EU-Jugendstrategie
2010-2018

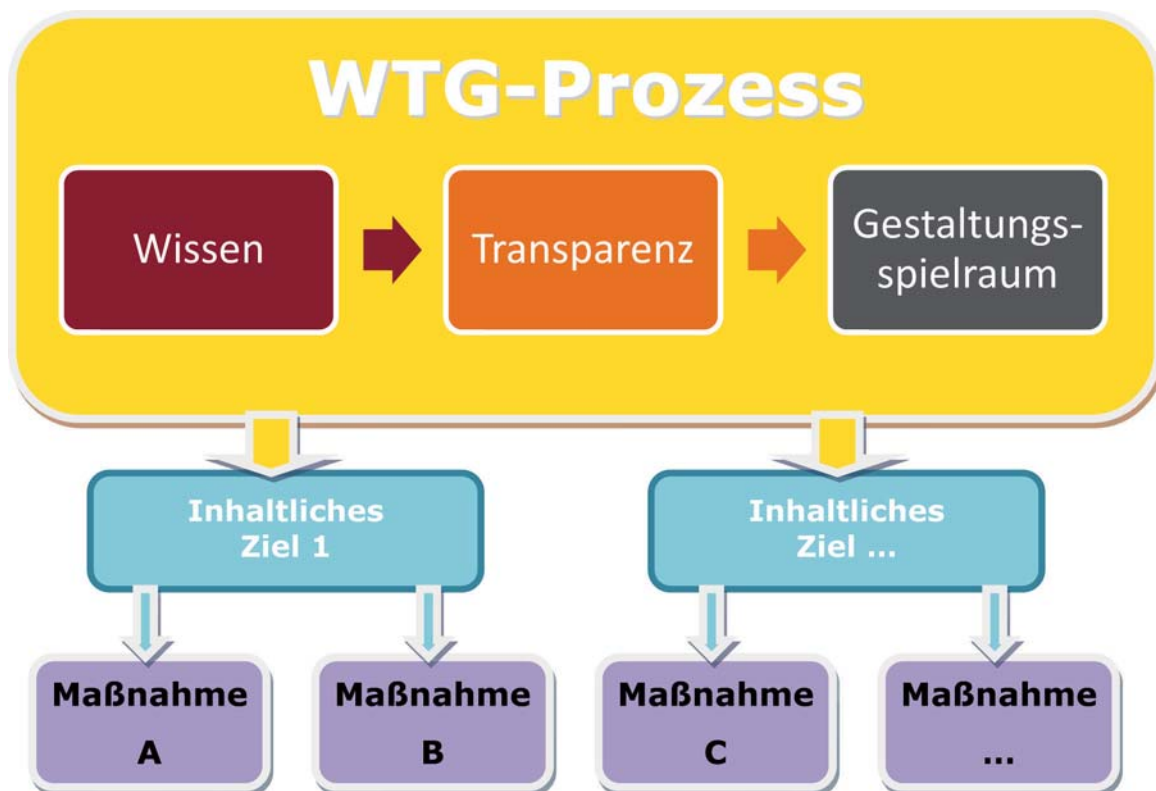
Jugendpolitik im
BMWfJ

Bundes-
Jugendvertretung
und Bundesnetz-
werke der Offenen
Jugendarbeit und
Jugendinformation

Nationale
Aktionspläne und
Strategien

Jugendstrategie Ein Netzwerk entsteht





1.1 Entwicklungsgruppe

Zur Begleitung der Jugendstrategie-Entwicklung im Jahr 2012 wurde im BMWFJ eine Entwicklungsgruppe gebildet. Sie soll vor allem die Einbeziehung der außerschulischen Jugendarbeit und deren Expertise und Unterstützung gewährleisten.

Die Bundes-Jugendvertretung, das Bundesweite Netzwerk Offene Jugendarbeit und das Bundesnetzwerk Österreichische Jugendinfos sind daher Mitglieder dieser Entwicklungsgruppe, die vom Institut für Strategieberatungen unterstützt wird.

Ausgehend von dieser Kerngruppe finden weitere Arbeitsgruppen und „Runde Tische“ zu spezifischen Themen statt. Ein erster „Runder Tisch“ zum Thema "Allgemeine und berufliche Bildung" sowie "Arbeit/Beschäftigung und Unternehmergeist" mit Vertreterinnen und Vertretern von Wirtschaft, Gewerkschaft, BMWFJ und Entwicklungsgruppe wurde im Juli 2012 abgehalten.

1.2 Bundes-Jugendvertretung und Bundesnetzwerke

Außerschulische Jugendarbeit und Jugendinformation werden in Österreich von der Bundes-Jugendvertretung sowie von zwei Bundesnetzwerken getragen. Diese sind wichtige Partner für das BMWFJ. Sie ermöglichen den direkten Austausch mit den Jugendlichen sowie eine gemeinsame Qualitätsentwicklung der außerschulischen Jugendarbeit und sind daher auch in die Entwicklung der Jugendstrategie eingebunden.

Nachfolgend die jeweiligen Selbstbeschreibungen.

1.2.1 Bundes-Jugendvertretung (BJV)

Die Bundes-Jugendvertretung (BJV, www.jugendvertretung.at) ist die gesetzlich verankerte Interessenvertretung aller Kinder und Jugendlichen in Österreich und wird aktuell von 52 Kinder- und Jugendorganisationen getragen. Gemeinsam mit ihren Mitgliedsorganisationen macht sie sich für die Anliegen junger Menschen stark.

Insgesamt vertritt die BJV rund 2,9 Millionen junge Menschen bis 30 Jahre und besitzt sozialpartnerschaftlichen Status. In der jetzigen Form wurde sie durch das Bundes-Jugendvertretungsgesetz (B-JVG) im Jahr 2001 eingerichtet. Als Mitglied des Europäischen Jugendforums bringt sie sich auch in die europäische und internationale Politik ein.

Damit ist die BJV eine starke Lobby, die sich parteipolitisch unabhängig für die Bedürfnisse und Rechte junger Menschen einsetzt.

Zu den Aktivitäten der BJV zählen die Vertretung jugendpolitischer Interessen gegenüber dem Nationalrat, der Regierung sowie in der Öffentlichkeit, Stellungnahmen zu jugendrelevanten Gesetzes- und Verordnungsentwürfen, Erarbeitung jugendpolitischer Positionen zu unterschiedlichen Themenfeldern, Durchführung von jugendpolitischen Kampagnen, Projekten und Veranstaltungen.

1.2.2 Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit (boJA)

Seit 2009 ist boJA – Bundesweites Netzwerk Offene Jugendarbeit (www.boja.at) als Kompetenzzentrum für Offene Jugendarbeit aktiv. Als Sprachrohr für die Themen und Praxiserfahrungen der Offenen Jugendarbeit und der jungen Menschen übermittelt boJA ihre Expertise an Politik, unterschiedliche Stakeholder und die allgemeine Öffentlichkeit. Auf nationaler Ebene ist boJA in verschiedene Arbeitsgruppen und Vernetzungsgremien eingebunden und kooperiert mit der ARGE Offene Jugendarbeit der Landesjugendreferentenkonferenz. Auf europäischer Ebene ist boJA Mitglied bei ECYC – European Confederation of Youth Clubs.

Offene Jugendarbeit findet in Jugendzentren, Jugendtreffs, Jugendcafes und anderen räumlichen Gegebenheiten bzw. „Lebensräumen“ von jungen Menschen, also auch im öffentlichen Raum, statt und bietet jungen Menschen die Möglichkeit fachlich begleitete Angebote freiwillig in Anspruch zu nehmen.

Die allgemeinen Ziele von boJA sind:

- Service & Information: Beratung, Begleitung, Fortbildung
- Koordination & Vernetzung von Menschen, Organisationen, Projekten und Themen
- Qualitätsreflexion & Qualitätsweiterentwicklung
- Positionierung von Jugendthemen

1.2.3 Bundesnetzwerk Österreichische Jugendinfos

Der Verein Bundesnetzwerk Österreichische Jugendinfos (www.jugendinfo.at) besteht seit 2004 als nationaler Zusammenschluss der Jugendinformationsstellen in Österreich.

Die Hauptaufgaben des Vereins sind:

- Koordination von nationalen Projekten der Jugendinformation
- Produktion von nationalen Informationsprodukten
- Nationale und internationale Vertretung
- Nationale und internationale Vernetzung, Projekte und Entwicklung
- Nationale Fortbildung & Qualitätssicherung
- Nationaler Ansprechpartner für Partnerinnen und Partner sowie Medien

Als Mitglied der Europäischen Netzwerke ERYICA (European Youth Information and Counselling Agency), EURODESK (Informationsnetzwerk zu Möglichkeiten von und Förderungen für junge Menschen sowie Jugendpolitik in Europa) und EYCA (European Youth Card Association) ist das Bundesnetzwerk Österreichische Jugendinfos auch in Beratungsgremien der EU-Jugendpolitik aktiv.

2 Strukturelle Ziele

Mit der Entwicklung der Jugendstrategie ist - neben der inhaltlichen Arbeit - auch das Ziel verbunden, die **strukturellen Grundlagen** zur Umsetzung der formulierten Ziele zu gewährleisten.

Deshalb kommt das Modell „**Wissen – Transparenz – Gestaltungsspielraum (WTG)**“ zur Anwendung. Seine Leitlinien werden sowohl im dynamischen Prozess der Entwicklung, als auch in der Umsetzung der Strategie - entsprechend dem jeweils aufgezeigten Handlungsbedarf - realisiert.

Wissen

- Zielzustand: Verwaltung und Politik kennen die Anforderungen einer modernen, wissensbasierten Jugendpolitik und die Diversität der Zielgruppe Jugend. Die Verwaltung hat Erfahrung in der Kooperation mit der außerschulischen Jugendarbeit. Die Strukturen der jugendpolitischen Stakeholder sind in anderen Politikbereichen bekannt.

Dieses Wissen wird vermittelt.

Transparenz

- Zielzustand: Die jugendpolitisch bedeutsamen Maßnahmen, Aktivitäten und Leistungen der einzelnen Verwaltungseinheiten und der Politik sind anderen Behörden und der Öffentlichkeit bekannt. Dies ermöglicht eine jugendpolitische Koordination.

Transparenz bedeutet das Erarbeiten und gemeinsame Darstellen von Aktivitäten, Maßnahmen und Politiken.

Gestaltungsspielraum

- Zielzustand: Durch die Schaffung von Wissen und Transparenz werden neue oder offene Handlungsfelder und Synergien ersichtlich. Durch neue Kooperationspartner werden Ressourcen gebündelt.

Gestaltungsspielraum wird durch Innovation und Kreativität sowie die Kooperation zwischen Politik, Verwaltung, Jugend und anderen Stakeholdern geschaffen.

Jeder eingeleitete WTG-Prozess zielt darauf ab, dass innerhalb der Handlungsfelder operative Ziele definiert sowie Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden.

2.1 Wissen

Die Verwaltung kennt die Anforderungen einer modernen Jugendpolitik und die Diversität der Zielgruppe Jugend im Regelfall nicht. Sie hat kaum Erfahrung mit der außerschulischen Jugendarbeit. Die Strukturen der jugendpolitischen Stakeholder sind in jeweils anderen Fach- und Verantwortungsbereichen wenig bekannt. So beschäftigt sich die **außerschulische Jugendarbeit** längst nicht mehr ausschließlich mit Freizeitpädagogik, sondern auch mit Problemen und Zukunftsängsten Jugendlicher rund um Ausbildung und Arbeitsmarkt. Entsprechende Angebote unterstützen die Jugendlichen.

Derartige, für Gesellschaft und Wirtschaft wünschenswerte Leistungen erbringt die Jugendarbeit in vielfältiger Form: die Bandbreite reicht von Jugendgruppen verbandlicher Einrichtungen über Angebote offener Jugendtreffs und Jugendzentren bis hin zu serviceorientierten Jugendinformationsstellen. Diese Bereiche sind in Österreich jeweils **eigenständig und bundesweit** organisiert: in der Bundes-Jugendvertretung (BJV), im Bundesweiten Netzwerk Offene Jugendarbeit und im Bundesnetzwerk Österreichische Jugendinfos (siehe 1.2).

Das **Wissen** über Strukturen und Inhalte der Jugendarbeit - wie etwa Daten und Befunde aus konkreten Projekten der jugendpolitischen Akteur/innen (z.B. Projekte der bOJA, Arbeit der BJV etc.) – ist daher ebenso zu verbreiten wie das generelle Wissen über Jugendpolitik und die Ergebnisse der Jugendforschung in Österreich und auf EU-Ebene. Dieses Wissen ist notwendige Grundlage für das Verständnis der Jugend und ihrer Anliegen sowie für die Vielfalt der Themen, die mit der Jugend in Zusammenhang stehen.

2.2 Transparenz

Weil jugendpolitische Maßnahmen, Aktivitäten und Leistungen zu wenig bekannt sind, wird in der Folge auch die jugendpolitische Koordination erschwert. So ist es zielführend, jugendrelevante Maßnahmen, Aktionspläne und Strategien aus jugendpolitischer Sicht für Entscheidungsträger/innen und die interessierte Öffentlichkeit aufzubereiten. Die gebotene **Transparenz** erfordert das **Erarbeiten** und **gemeinsame Darstellen** von **Aktivitäten, Maßnahmen und Politiken**.

2.3 Gestaltungsspielraum

Wissen und Transparenz sollen - etwa durch die Analyse von Überschneidungen, Lücken oder Widersprüchen in existierenden Aktivitäten, Maßnahmen und Strategien - prozessorientiert neue Kooperationsmöglichkeiten und neue Kooperationspartner/innen ermöglichen. So schafft transparentes Wissen **neue Chancen der Zusammenarbeit**, Raum für neue Ideen und somit auch einen **neuen Gestaltungsspielraum** zur Umsetzung gemeinsamer Ziele.

2.4 Umsetzung des Prozesses auf Bundesebene

Das hier kurz skizzierte Modell "Wissen-Transparenz-Gestaltungsspielraum" (WTG) soll die Basis dafür schaffen, dass Jugendpolitik in Österreich von politischen Akteuren als Querschnittsbereich „gelebt“ und realisiert werden kann. Entsprechendes Wissen über bestehende Aktivitäten im Jugendbereich soll daher in allen Bundesministerien gesammelt werden. Im Sinne der Transparenz sollen alle Ministerien ihre Maßnahmen für Jugendliche darstellen, was wiederum den Wissensprozess unterstützt. In der Folge sollen neue Gestaltungsspielräume in Form von Kooperationen zwischen Ressorts und Abteilungen, die Maßnahmen, Aktivitäten und Projekte nunmehr besser abstimmen können, entstehen. So kann das WTG-Modell auf Bundesebene die Wahrnehmung von Jugendpolitik als umfassende Materie sicherstellen und damit eine Optimierung des Umgangs mit Thema und Ziel-

gruppe bewirken. Diesem Modell stehen die Herausforderungen der praktischen Umsetzbarkeit gegenüber. Das gilt sowohl für die Übersetzung in reale Prozessschritte, als auch für die Bewusstseinsbildung, dass ein solches Vorgehen notwendig ist. Das Thema Jugend ist unbestritten ein wesentlicher Politikbereich, es steht aber im innenpolitischen Alltag zwangsläufig in Konkurrenz um Aufmerksamkeit und Ressourcen zu anderen Schwerpunkten der politischen Arbeit. Dieser Wahrnehmung kann durch die Etablierung als Querschnittsbereich entgegengewirkt werden. Eine horizontal angelegte Jugendpolitik umfasst Aspekte unterschiedlicher Politikfelder und läuft daher weniger Gefahr, isoliert betrachtet zu werden. Durch entsprechende Kooperationen kann zudem der Aufwand für Maßnahmen, der etwa für Aktivitäten einzelner Ministerien anfallen würde, reduziert werden.

Für eine derartige, durch Beispiele unterstützte Bewusstseinsbildung und den Gewinn praktischer Erfahrungen mit dem WTG-Konzept fungierte in der ersten Phase der Jugendstrategie das BMWFJ als Test-Projekt für den bundesweiten WTG-Prozess. Die Ergebnisse des Testlaufs ermöglichen es dem BMWFJ, eine beratende und unterstützende Rolle für andere Ressorts einzunehmen. Wesentlich für den Erfolg der ressortübergreifenden Zusammenarbeit in Jugendfragen ist der aus einer horizontalen, zielorientierten Beschäftigung mit Belangen junger Menschen in Österreich resultierende Mehrwert, der neue Gestaltungsspielräume im Interesse der Jugend eröffnet.

2.5 Modellprojekt BMWFJ

Im BMWFJ wurde ab dem Frühjahr 2012 die Umsetzung des Modells "Wissen-Transparenz-Gestaltungsspielraum (WTG)" exemplarisch erprobt und dargestellt.

Das BMWFJ ist einerseits gemäß Bundesministeriengesetz zuständig für „Allgemeine Angelegenheiten und Koordination der Jugendpolitik“. Es eignet sich zudem ideal als Modellprojekt, da Jugendthemen in vielen Bereichen eine Rolle spielen. In der Vorbereitungsphase des Entwicklungsprozesses zeigte sich, dass auf eine ursprünglich geplante intraministerielle Projektgruppe vorerst noch verzichtet werden kann.

Der erste Schritt des Test-Projekts bestand darin, innerhalb des BMWFJ Bewusstsein für die Querschnittsmaterie Jugend zu schaffen. Als koordinierende Stelle fungiert dabei die Abt. II/5 - Jugendpolitik. 2012 wurde und wird daher mit geeigneten Maßnahmen versucht, die unterschiedlichen Abteilungen des Ressorts für Jugendpolitik zu sensibilisieren und den Bezug zur Jugend als wichtigen Bereich innerhalb des BMWFJ herauszuarbeiten. Gleichzeitig wurde und wird die Jugendstrategieentwicklung als Prozess präsentiert.

In den Bereichen des WTG-Prozesses stehen folgende Aktivitäten am Programm bzw. wurden diese bereits realisiert (Stand Juli 2012):

2.5.1 Wissen

- **Interne Informationsveranstaltung:** Eine erste Informationsveranstaltung zur Jugendstrategieentwicklung wurde für Mitarbeiter/innen aller Sektionen, Bereiche und Center im April 2012 in der Medien-Jugend-Info abgehalten. Dabei wurde den Mitarbeiter/innen gleichzeitig mit der Präsentation des Prozesses die Relevanz des Themas für ihren jeweiligen Arbeitsbereich deutlich gemacht. Dies geschah unter anderem über die Einbeziehung der Entwicklungsgruppe und die Vorstellung von ausgewählten Jugendprojekten. Weitere Informationsveranstaltungen sind geplant.
- **Informationen im Intranet:** Im Anschluss an die interne Informationsveranstaltung wurde im Intranet des Ministeriums eine Seite mit gesammelten Informationen zu den vorgestellten Projekten sowie weiterführenden Informationen zu den Aktivitäten der Jugendorganisationen und Kontaktdaten eingerichtet, um dieses Wissen möglichst leicht zugänglich zu machen.
- **Angebot der Unterstützung durch die Abteilung Jugendpolitik:** Ebenfalls rund um die Informationsveranstaltung wurde das Angebot der Abteilung Jugendpolitik an alle Abteilungen des BMWFJ erneuert, als Ansprechpartner bei jugendrelevanten Themen unterstützend zur Verfügung zu stehen. In Zukunft - und mit Blick auf andere Ressorts - könnte diese Leistung durch eine Koordinationsstelle Jugendpolitik im BMWFJ erbracht werden.

2.5.2 Transparenz

- **Interne Erhebung im BMWFJ:** Im Mai/Juni 2012 wurde mittels schriftlicher Befragung der Abteilungen im Ministerium erhoben, inwieweit bereits bewusste Bezüge zur Jugendpolitik und entsprechende Aktivitäten bestehen, welche jugendrelevanten Maßnahmen gesetzt werden und ob Jugendliche in die Tätigkeiten der Abteilungen eingebunden sind.
- **Fokus- und Arbeitsgruppen:** Auf Basis dieser Befragung finden zur Vertiefung Fokus- bzw. Arbeitsgruppen - und je nach Bedarf auch Einzelgespräche - mit ausgewählten Abteilungen statt. Auf dieser Basis sollen Ergebnisse weiter ausgearbeitet und mögliche künftige Kooperationen konzipiert werden.
- **Webseite:** Eine eigene Webseite im Rahmen des BMWFJ-Webauftrittes soll die Tätigkeiten und Maßnahmen des Ministeriums für Jugendliche darstellen. Sie soll die bisherigen Ergebnisse des Prozesses bündeln und das breite Spektrum an Aktivitäten im Jugendbereich aufzeigen.

2.5.3 Gestaltungsspielraum

- Die dritte Säule des Modells wird ab Herbst umgesetzt werden. Aus den bisherigen internen Aktivitäten im Wissens- und Transparenzbereich haben sich bereits erste konkrete Gestaltungsspielräume und neue Kooperationen eröffnet. So ist eines der ersten Ergebnisse der Zusammenarbeit der Jugendsektion mit der Tourismussektion, dass die Jugendinformationsstellen in ganz Österreich gezielt Informationen über Arbeitschancen im Tourismusbereich anbieten.

3 Inhaltliche Ziele

Mit der Entwicklung der Jugendstrategie ist nicht die Absicht verbunden, gänzlich neue Inhalte der Jugendpolitik zu definieren. Ziel ist es vielmehr, **Handlungsfelder** zu beschreiben, diese **mit operativen Zielen zu konkretisieren** und **Maßnahmen** in diesen Bereichen zu entwickeln und umzusetzen. Bestehende Anliegen und Inhalte - insbesondere Aktionspläne und Strategien - werden analysiert und einem konzertierten strategischen Umsetzungsprozess unterzogen. Deshalb werden in den einzelnen Ressorts, aber auch in Bundesländern, Regionen, Gemeinden oder Stadtteilen WTG-Prozesse gestartet. Diese werden durch Projekte der Jugendbeteiligung begleitet. Ziel ist es, auf diese Weise zu einem erweiterten Gestaltungsspielraum zur Umsetzung konkreter Ziele und Maßnahmen sowie zu einem nachhaltigen Netzwerk an Stakeholdern und Kooperationspartner/innen zu kommen.

Grundlage zur Beschreibung der Handlungsfelder der österreichischen Jugendstrategie ist die **EU-Jugendstrategie 2010-2018**. Den acht formulierten Handlungsfeldern werden bestehende jugendpolitische Ziele und Maßnahmen sowie auch die jugendpolitisch relevanten Ziele der in Österreich bestehenden Nationalen Aktionspläne und Strategien zugeordnet. Durch WTG-Prozesse und durch Beteiligungsprojekte werden inhaltliche Ziele beschrieben und operative Ziele festgelegt, die in Form konkreter Maßnahmen umgesetzt werden sollen.

In weiterer Folge sollen die entwickelten Maßnahmen wieder **systematisch mit der EU-Jugendstrategie 2010-2018** verknüpft werden. Dies verspricht Ansatzpunkte für zusätzliche Schwerpunkte in der Jugendpolitik (z.B. Aufzeigen von Verbindungsmöglichkeiten, Lücken oder Widersprüchen in den existierenden Aktivitäten).

Konkrete **Zielvorgaben** sollen dabei auf gesicherten Erkenntnissen beruhen sowie **zielgerichtet und zahlenorientiert** sein. Sie sollten zu klaren und greifbaren Ergebnissen führen, die regelmäßig auf strukturierte Weise vorgestellt, überprüft und verbreitet werden. Aufgabe der "Jugendstrategie - Ein Netzwerk entsteht" ist es, die Erreichung von jugendpolitischen Zielsetzungen durch die Messung und Vorgabe von qualitativen und quantitativen Indikatoren zu verbessern und somit eine Grundlage für die laufende Evaluierung der Effektivität von Jugendpolitik zu bieten. Dies ermöglicht eine entsprechende Weiterentwicklung von Strategie und Jugendpolitik.

Ein wichtiges inhaltliches Anliegen ist die Stärkung des Bewusstseins, dass **Jugend und Jugendpolitik** eine **Querschnittsmaterie** darstellen. Wie eine quantitative Status-quo-Erhebung zur Jugendpolitik unter 242 Organisationseinheiten der Bundes- und Landespolitik im Auftrag des BMWFJ im Jahr 2009 zeigte, werden jugendpolitische Maßnahmen in Österreich nicht ausschließlich in Organisationseinheiten gesetzt, die im engeren Sinne für Jugendangelegenheiten zuständig sind. Junge Menschen sind vielmehr auch in zahlreichen anderen Politikbereichen explizit Zielgruppe. Das Konzept Jugendpolitik als Querschnittsmaterie existiert somit theoretisch, es wird aber praktisch nicht ausreichend umgesetzt.

Als **Modellprojekt** (siehe 2.5) liefert das BMWFJ wichtige Impulse, um dieses Verständnis von Jugendpolitik in weiteren Ministerien in Österreich zu kommunizieren und im Sinne des WTG-Prozesses zu verankern. Wichtig ist für das BMWFJ dabei die laufende Einbindung von jungen Menschen, die sich nicht auf symbolische Handlungen reduzieren darf.



3.1 EU-Jugendstrategie 2010 - 2018

Am 27. November 2009 wurde im EU-Rat der „**Erneuerte Kooperationsrahmen für eine jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa 2010 - 2018**“ (kurz „EU-Jugendstrategie 2010-2018“) verabschiedet. Dieser Kooperationsrahmen sieht **acht Handlungsfelder/Schwerpunkte** für die gemeinsame europäische und für die nationale Jugendpolitik vor:

- **Allgemeine und berufliche Bildung**
- **Beschäftigung und Unternehmergeist**
- **Gesundheit und Wohlbefinden**
- **Partizipation**
- **Freiwilligentätigkeit**
- **Soziale Eingliederung**
- **Jugend in der Welt**
- **Kreativität und Kultur**

Diese Handlungsfelder bilden den Rahmen für die Entwicklung und Formulierung der österreichischen Jugendstrategie (Beschreibung der Handlungsfelder siehe 3.3).

3.2 Nationale Aktionspläne und Strategien

Wichtige Grundlagen für die Entwicklung der Jugendstrategie eröffnet die **Aufarbeitung** und **Analyse** der **bestehenden Nationalen Aktionspläne und Strategien**. Bei der Auswertung dieser Dokumente sind nicht nur Angebote und Maßnahmen jener Ressorts von Interesse, die im engeren Sinne mit Fragen der Jugendpolitik und Jugendarbeit befasst sind (z.B. Jugendministerium oder Unterrichtsministerium), sondern auch jene jugendbezogenen Aktivitäten und Maßnahmen, die nicht in im engeren Sinne und schwerpunktmäßig mit Jugendfragen befassten politischen Handlungsfeldern gesetzt werden. So kann aufgezeigt werden, ob und in welchem Ausmaß in unterschiedlichen Fachbereichen wichtige Beiträge zu einer als Querschnittsmaterie konzipierten Jugendpolitik in Österreich geleistet werden.

Die erste Recherche hat rund 30 jugendrelevante Dokumente identifiziert (siehe 7. Anhang), die in die Auswertung eingeflossen sind. Dabei zeigt sich eine große thematische Breite - von Integration über Energieeffizienz und Tourismus bis zu Nanotechnologie. Vergleichsweise mehr Aktionspläne waren bei den Ministerien für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Lebensministerium) sowie für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) zu finden.

Die inhaltliche Auswertung erfolgte anhand eines Kategorienschemas, das auch erfasst, ob ein expliziter oder zumindest implizierter Jugendbezug vorliegt und inwieweit Jugendliche und/oder Jugendorganisationen in die Erarbeitung eingebunden waren. Zudem wurde zwischen einer Status-quo-Beschreibung, Ideen bzw. Maßnahmen und konkreten Zielen unterschieden.

Die Jugendbezüge wurden nach den Themenfeldern der EU-Jugendstrategie gegliedert (siehe 3.1).

Die erste Auswertung bringt folgende Befunde:

- Die meisten Jugendbezüge konnten dem Bereich allgemeine und berufliche Bildung zugeordnet werden, was aufgrund der zentralen Rolle von Bildung im Lebensumfeld von jungen Menschen wenig überrascht. Die Schule bzw. Bildungsinstitutionen werden als wesentlicher Ansatzpunkt von Maßnahmen zur Förderung und Unterstützung von Jugendlichen gesehen.
- Zahlenmäßig bedeutsam ist auch der Bereich Gesundheit und Wohlbefinden (z.B. Vermeidung von lebensstilbedingten Erkrankungen). Ein beispielhaftes Dokument ist der Nationale Aktionsplan Ernährung zum Thema „Qualitätsstandards ‚Gesunde Schule‘“ (Aktionsplan Ernährung, S. 23f).
- Breiter Raum wurde dem Thema Jugend aber auch rund um die Themen Beschäftigung und Unternehmergeist gewidmet: Hier stehen insbesondere Qualifizierungsmaßnahmen im Mittelpunkt, die den Eintritt Jugendlicher in den Arbeitsmarkt erleichtern sollen (z.B. „Österreichisches Reformprogramm 2011“ des Bundeskanzleramtes zum Thema „Arbeitsmarktbeteiligung von Jugendlichen, Personen mit Migrationshintergrund und Niedrigqualifizierten“, S. 14f).
- Hingegen waren bei der Analyse nur sehr wenige jugendpolitische Inhalte in den Bereichen Teilhabe, Freiwilligentätigkeit, Kreativität und Kultur sowie soziale Eingliederung und Jugend in der Welt zu identifizieren.

- Die Auswertung zeigt ferner, dass es kaum Aktionspläne gibt, die sich speziell der jungen Zielgruppe und ihren Bedürfnissen widmen. Ausnahmen sind die Kinder-Gesundheitsstrategie (Bundesministerium für Gesundheit) und der Aktionsplan Kinder-Umwelt-Gesundheit (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und Bundesministerium für Gesundheit). Zwar stehen dem Titel nach Kinder im Vordergrund, der Jugendbezug wird im jeweiligen Dokument jedoch deutlich. Dies erscheint symptomatisch dafür, dass **Jugendliche nur selten explizit als eigene spezifische Bevölkerungsgruppe wahrgenommen werden**. So existieren beispielsweise im Aktionsplan für Menschen mit Behinderung Unterkapitel zu Kindern, Frauen, Migrant/innen und älteren Menschen. Jugendliche werden sprachlich nicht adressiert, obwohl sie inhaltlich in weiterer Folge vorkommen. Ebenfalls deutlich wird in derartigen Dokumenten der rasch **vollzogene Rollenwechsel vom „Jugendlichen“ zum/zur „Schüler/in“ oder zum/zur „Studierenden“**.
- In der Natur der Aktionspläne liegt es, dass eine **Erwähnung von Jugendlichen großteils in Verbindung mit zu bewältigenden Problemen und Herausforderungen** erfolgt. Die Chancenorientierung steht im Hintergrund. Eine Querschnittssicht des Themas Jugend gibt es ebenfalls kaum.
- Die Einbeziehung von Jugendlichen oder Jugendorganisationen in die Entwicklung von Nationalen Aktionsplänen lässt sich nur punktuell finden. Auch wenn jugendliche Zielgruppen Adressaten eines Aktionsplans sind, werden sie an der Erarbeitung der vorgestellten Maßnahmen nicht aktiv beteiligt. Ein Beispiel dafür ist die Nationale Ernährungskommission des Bundesministeriums für Gesundheit, der unter anderem der Seniorenrat als Mitglied angehört, jedoch keine Jugendorganisation. Der Aktionsplan behandelt allerdings auch Ernährungsmaßnahmen in der Schule oder Projekte in Jugendzentren.

In den einzelnen Aktionsplänen werden u.a. der jeweilige Status quo thematisiert, Visionen formuliert und Maßnahmen zur Erreichung von definierten Zielen erwähnt. Diese Maßnahmen bleiben jedoch vielfach vage. Sie haben eher den Charakter von Absichtserklärungen als von konkreten Handlungsanleitungen zur Umsetzung. So formuliert der Aktionsplan Integration etwa: „In den Schulen soll es verstärkt Initiativen und Workshops zur Gewaltprävention, zu Konfliktmanagement und gegen Mobbing bei Kindern und Jugendlichen geben“ (Aktionsplan Integration, S.27). Der Aktionsplan Menschen mit Behinderung gibt die „Fortsetzung der Integrativen Berufsausbildung (IBA)“ als Vorhaben an (Aktionsplan Menschen mit Behinderung, S. 60). Teilweise gibt es klare Umsetzungspläne mit Kennzahlen und Zeitplänen (z.B. Aktionsplan Ernährung).

3.3 Die acht Handlungsfelder der Jugendstrategie

Die acht Handlungsfelder der EU-Jugendstrategie 2010-2018 (siehe 3.1) wurden für die österreichische "Jugendstrategie - Ein Netzwerk entsteht" als Orientierungsrahmen übernommen. Ausgehend von der im Folgenden dargestellten Beschreibung sollen den Handlungsfeldern konkrete operative Ziele und Maßnahmen zugeordnet werden. Basis dafür sind WTG- und Dialog-Prozesse mit Jugendlichen in einzelnen Ministerien und anderen Verwaltungsebenen. Dabei werden die vorhandenen Aktionspläne und Strategien (siehe 3.2) als wesentliche Säulen berücksichtigt.

■ **Handlungsfeld Allgemeine und berufliche Bildung:**

Es sollte dafür gesorgt werden, dass junge Menschen gleichberechtigt Zugang zu einer hochwertigen allgemeinen und beruflichen Bildung auf allen Ebenen erhalten; zudem sollten die Möglichkeiten des lebenslangen Lernens gefördert werden. Das nicht formale Lernen junger Menschen sollte als Ergänzung zur formalen Bildung gefördert und anerkannt und die Verknüpfung zwischen formaler Bildung und nicht formalem Lernen verbessert werden. Der Übergang junger Menschen von der allgemeinen und beruflichen Bildung in den Arbeitsmarkt sollte erleichtert und unterstützt werden, und die Zahl der Schulabbrecher/innen sollte reduziert werden.

■ **Handlungsfeld Beschäftigung und Unternehmergeist:**

Ziel ist die Eingliederung junger Menschen in den Arbeitsmarkt - ob als Arbeitnehmer/in oder als selbständige/r Unternehmer/in. Der Wechsel von der allgemeinen und beruflichen Bildung bzw. von der Arbeits- oder Erwerbslosigkeit in den Arbeitsmarkt sollte erleichtert und die Möglichkeiten, Arbeit und Familie miteinander in Einklang zu bringen, sollten verbessert werden. In der Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 muss den jugendpolitischen Belangen Rechnung getragen werden, und die Arbeiten im Einklang mit den allgemeinen Zielen des Europäischen Jugendpaktes müssen fortgeführt werden.

■ **Handlungsfeld Gesundheit und Wohlbefinden:**

Gesundheit und Wohlbefinden junger Menschen sollten gefördert werden, wobei der Schwerpunkt auf der psychischen und sexuellen Gesundheit, auf Sport, körperlicher Aktivität und einem gesunden Lebensstil sowie auf der Vorbeugung und Bekämpfung von Verletzungen, Essstörungen, Suchtmittelabhängigkeit und -missbrauch liegen sollte.

■ **Handlungsfeld Partizipation:**

Die Teilhabe junger Menschen sollte auf allen Ebenen der repräsentativen Demokratie und der Zivilgesellschaft sowie in der Gesellschaft ganz allgemein gefördert werden.

■ **Handlungsfeld Freiwilligentätigkeit:**

Die Freiwilligentätigkeit junger Menschen sollte unterstützt und in stärkerem Maße als wichtige Form des nicht formalen Lernens anerkannt werden. Hindernisse, die der Freiwilligentätigkeit entgegenstehen, sollten beseitigt und die grenzüberschreitende Mobilität junger Freiwilliger sollte gefördert werden.

■ **Handlungsfeld Soziale Eingliederung:**

Sozialer Ausgrenzung und Armut junger Menschen sollten entgegengewirkt werden, und es sollte verhindert werden, dass diese Probleme von einer Generation an die nächste weitergegeben werden; ferner soll die gegenseitige Solidarität zwischen der Gesellschaft und den jungen Menschen gestärkt werden. Die Chancengleichheit für alle sollte gefördert und jegliche Form der Diskriminierung bekämpft werden.

■ **Handlungsfeld Jugend in der Welt:**

Die Mitwirkung junger Menschen an der Konzipierung und Durchführung globaler politischer Strategien (zu Fragen wie Klimawandel, Millenniums-Entwicklungszielen der VN, Menschenrechte usw.) sowie etwaiger Folgemaßnahmen und ihr Beitrag hierzu sowie die Zusammenarbeit junger Menschen mit Regionen außerhalb Europas sollten gefördert werden.

■ **Handlungsfeld Kreativität und Kultur:**

Die Kreativität und Innovationsfähigkeit junger Menschen sollten gefördert werden, indem sie von frühester Kindheit an einen besseren, qualitativ hochwertigen Zugang zu und eine bessere Teilhabe an Kultur und kulturellen Ausdrucksformen erhalten, wodurch ihre persönliche Entwicklung, Lernfähigkeit, interkulturelle Kompetenz, ihr Verständnis für und ihre Achtung vor der kulturellen Vielfalt gefördert werden und sie mit Blick auf künftige Beschäftigungsmöglichkeiten neue und flexible Fähigkeiten erwerben.

4 Zielfindung

Die Entwicklungsgruppe für die Jugendstrategie leistete gemeinsam mit der Bundes-Jugendvertretung und den Bundesnetzwerken der Offenen Jugendarbeit und Jugendinformation in einem breiten Diskussionsprozess wichtige Grundlagenarbeit bei den Status-quo-Beschreibungen der acht Handlungsfelder sowie für die Formulierung jugendpolitischer Visionen und konkreter Maßnahmen. Dieser Prozess wird mit Beiträgen der Entwicklungsgruppe, aus Partizipations-Aktivitäten und aus den WTG-Prozessen fortgesetzt. Insbesondere der Dialog-Prozess, der im September 2012 startet (siehe 6.2), soll wesentliche Beiträge für die weitere Zielformulierung, die Prioritätensetzung und die Ausgestaltung weiterer Schritte und ihre Umsetzung liefern.

Einige der im Folgenden angeführten Maßnahmen werden vom BMWFJ als „First Steps“ noch im Herbst 2012 umgesetzt (siehe 5).

4.1 Arbeit/Beschäftigung und Unternehmergeist

Status Quo

Im europäischen Vergleich liegt Österreich im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit sehr gut. Die Maßnahmen zur Stärkung von Unternehmergeist bzw. „Entrepreneurship“ sind weiterzuentwickeln. Jugendliche sind sich der Anforderungen eines immer flexibleren Arbeitsmarkts sehr wohl bewusst. Der Mangel an Facharbeitskräften wird in vielen Bereichen zur Herausforderung für die Wirtschaft. Die bessere Abstimmung von Bildungs- und Berufsentscheidungen mit den Chancen am Arbeitsmarkt ist im Interesse von Jugendlichen und Unternehmen.

Vision

Österreich schafft durch eine leistungsstarke Wirtschaft Beschäftigungsmöglichkeiten für alle Jugendlichen, unterstützt die jungen Menschen gezielt bei Bildungswahl und Berufseintritt und gibt ausreichend Raum und Unterstützung für die Umsetzung junger, innovativer Ideen. Das Potenzial der Jugendlichen im Arbeitsprozess wird geschätzt und gefördert.

Mögliche Maßnahmen

- Eine Enquete für Wirtschaftstreibende richtet den Fokus auf das Thema „Jugend und Wirtschaft“.
- Es wird eine "Checkliste Qualitätspraktika" für Unternehmen und Jugendliche entwickelt.
- Eine österreichische "Charta für Beschäftigung von jungen Menschen" wird im Rahmen eines partizipativen Prozesses entwickelt.

Weitere Perspektiven

- Ein Maßnahmenpaket für einen begleiteten Einstieg in die Selbständigkeit mit Know-how-Vermittlung, der Bereitstellung von Räumen und Equipment und einer Unterstützung bei der Bewerbung um Unternehmensförderungen wird geschaffen. Dieses Paket kann an bestehenden und auszubauenden Co-Working-Spaces andocken.

- Ein Fördertopf für unternehmerische Projektideen wird eingerichtet, der im Co-Management verwaltet wird.
- Analog zum Audit für familienfreundliche Betriebe werden jugendfreundliche Betriebe ausgezeichnet.
- Coaching-Angebote werden ausgebaut.
- Maßnahmen zur Förderung von Unternehmergeist werden gebündelt, verstärkt beworben und ausgebaut (z.B. "Unternehmertest").
- „Übungsfirmen“ werden in allen Schulformen verstärkt eingesetzt.

4.2 Allgemeine und berufliche Bildung

Status Quo

Die Bildung der Eltern und deren Vorstellung, welche Berufslaufbahn für ihre Kinder geeignet ist, bestimmen in hohem Maße die berufliche Zukunft der Heranwachsenden. Die Berufswahl der Jugendlichen konzentriert sich auf vergleichsweise wenige „Lieblingsberufe“. Mitbedingt durch die kleinere Zahl an für Mädchen attraktiven Lehrberufen ist bei weiblichen Lehrlingen eine besonders hohe Konzentration auf einige wenige Lehrberufe festzustellen. Ende 2011 wurden 47,9% der weiblichen Lehrlinge in nur 3 Lehrberufen (Einzelhandel, Bürokauffrau, Friseurin) ausgebildet. Bei den männlichen Lehrlingen betrug der Anteil der 3 häufigsten Lehrberufe zusammen lediglich rund 34%. Hier sind die beliebtesten Lehrberufe Metalltechniker, gefolgt von Elektrotechnik und Kfz-Technik.

Die Anerkennung non-formal und informell erworbener Qualifikation ist zum Thema geworden.

Der Anteil frühzeitiger Schulabgänger/innen - d.h. der Prozentsatz der 18- bis 24-Jährigen ohne weiterführenden Bildungsabschluss (über die Sekundarstufe 1), die auch aktuell an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen - beträgt gemäß EUROSTAT im Jahr 2010 in Österreich 8,3%, innerhalb der EU-27 Länder insgesamt aber 14,1%. Dennoch ist dieser frühzeitige Schulabbruch sowohl ein individuell als auch ein gesellschaftlich relevantes Problem (vgl. Jugendbeschäftigungsbericht, BMWFJ 2012).

Vision

Der Zugang zu adäquaten Aus- und Weiterbildungsangeboten wird gefördert und ermöglicht. Es werden geeignete Unterstützungsmaßnahmen für jene bereitgestellt, die etwaige Hürden nicht selbstständig überwinden können. Österreich entwickelt eine Kultur des lebenslangen Lernens. Im informellen und non-formalen Bereich erworbene Kompetenzen werden angemessen und aussagekräftig anerkannt.

Maßnahmen

- Damit sich Jugendliche im Bereich der Aus- und Weiterbildung besser orientieren können, soll ihre Informationskompetenz gestärkt werden. Dafür sollen mehr regionale Workshops der Jugendinfos angeboten und ein nationaler Leitfaden "Informationskompetenz" entwickelt werden.
- Die Website www.eltern-bildung.at setzt einen Schwerpunkt "Bildung und Beruf" mit entsprechenden Informationen, Anregungen, Literaturtipps und Weblinks.

- Mitarbeiter/innen der Jugendarbeit und Jugendinformation werden österreichweit zu "Jobtalks 2.0"-Multiplikator/innen ausgebildet.
- Mitarbeiter/innen der Jugendarbeit und Jugendinformation bieten regionale Informationsveranstaltungen für Unternehmen und Personalverantwortliche an. Dabei werden jene Qualifikationen präsentiert, die Jugendliche informell und non-formal in der außerschulischen Jugendarbeit erwerben können. Darüber hinaus soll der regionale Austausch von Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendinformation sowie der Unternehmen forciert werden.
- In Angeboten und Maßnahmen zur Berufsorientierung wird Unternehmertum als Perspektive präsentiert.

Weitere Perspektiven

- Eine Evaluierung der Jugendarbeit soll die vielfältigen Angebote an Lernbegleitung und Unterstützung in außerschulischen Einrichtungen optimieren und mit der LLL-Strategie verknüpfen helfen.
- Es werden bestehende Anlaufstellen für Drop-outs evaluiert und neue geschaffen.
- Die bestehenden Info-Materialien und Angebote zur Berufsorientierung werden im Hinblick auf Diversität und Zielgruppenspezifität geprüft.
- Das Thema Informationskompetenz wird in den Regelschulplan aufgenommen.
- Es wird ein Anerkennungsmodell für non-formal und informell erworbene Qualifikationen geschaffen.

4.3 Jugend in der Welt

Status Quo

Auslandserfahrungen bereichern sowohl das persönliche Leben junger Menschen, als auch deren berufsrelevanten Lebenslauf. Generell ist das Interesse von Jugendlichen an Auslandsaufenthalten groß. Es bestehen jedoch gravierende Unterschiede zwischen arbeitenden und noch im Bildungssystem befindlichen Jugendlichen. Mobilität steht noch immer in Zusammenhang mit den finanziellen Möglichkeiten der Familie, da geförderte Angebote begrenzt sind. Es ist derzeit noch unsicher, welche Förderungen die neue Generation der EU-Programme im Jugend- und Bildungsbereich bringen wird.

Vision

Jugendliche haben Zugang zu verschiedenen Möglichkeiten um Auslandserfahrung zu sammeln. Junge Menschen, insbesondere auch benachteiligte, bewegen sich frei und selbstbewusst durch die Welt. Die Idee globaler Solidarität zwischen Jugendlichen sowie das Verständnis für Kulturen in anderen Teilen der Welt werden aktiv gefördert.

Maßnahmen

- Der Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend setzt sich für die Weiterführung des Programms "Jugend in Aktion" bzw. eine möglichst eigenständige und starke Programmschiene "Jugend" in einem Nachfolgeprogramm ein.
- Es wird ein Fortbildungskonzept „Mobilitätskompetenz in der Jugendarbeit“ entwickelt. Sein Ziel ist es, Jugendarbeitsfachpersonen in die Lage zu versetzen, Jugendliche in ihrer Mobilität - sowohl innerhalb Österreichs als auch in der EU - zu stärken.

- Das Thema „Mobilität“ wird verstärkt Gegenstand des fachlichen Austauschs in den bundesweiten Netzwerken der Jugendarbeit und Jugendinformation.
- Die Möglichkeiten für Praxiserfahrungen im Ausland speziell in Zusammenhang mit Lehre werden verstärkt kommuniziert.

Weitere Perspektiven

- Die European Youth Card (EYCA) wird in Österreich verstärkt bekannt gemacht, das Leistungsspektrum wird ausgebaut.
- Die durch Auslandserfahrungen auf informellem und non-formalem Weg erworbenen Kompetenzen werden sichtbar gemacht und anerkannt.
- Es werden Qualitätsstandards für Jugendreisen erarbeitet.
- In Tourismusorten werden Schulungen zum Thema Jugendarbeit und "Jugend in der Welt" angeboten, um einerseits zusätzliche Angebote schaffen und andererseits Problemfelder (z.B. Alkoholmissbrauch, Stereotype) reduzieren zu können.

4.4 Soziale Eingliederung

Status Quo

Jugendliche sind in gesellschaftliche Prozesse tendenziell weniger eingegliedert als andere Gesellschaftsgruppen. Sie verfügen oft noch nicht über die notwendigen Erfahrungen, um von ihren Rechten und Möglichkeiten Gebrauch zu machen. Umgekehrt werden derzeit die Auswirkungen von Maßnahmen und Entscheidungen der Politik und Verwaltung auf Jugendliche nur punktuell beachtet. Jugendliche werden nur stellenweise als Stakeholder wahrgenommen und einbezogen.

Darüber hinaus ist die soziale Eingliederung beispielsweise für Jugendliche aus bildungsfernen Schichten oder mit Migrationshintergrund schwieriger als für andere Gruppen.

Vision

Österreich fördert die soziale Eingliederung junger Menschen durch vielfältige Maßnahmen, die den Zugang für Jugendliche erleichtern, auf die Bedürfnisse verschiedener Gruppen Rücksicht nehmen und Jugendliche selbstverständlich als einen wichtigen Teil der Gesellschaft behandeln.

Maßnahmen

- Die Abteilung Jugendpolitik des BMWFJ bietet in Zusammenarbeit mit der Bundesjugendvertretung und den Bundesnetzwerken der Offenen Jugendarbeit und Jugendinformation vertiefende Schulungen zum Modul "Kinder und Jugend" des WFA-Tools (WFA = Wirkungsorientierte Folgenabschätzung) für die mit Logistik befassten Mitarbeiter/innen anderer Ressorts an.
- Im Zuge einer "Road-Show" durch andere Ministerien, Länder und Regionen wird über "die Jugend", die Rechte der Jugend und über Jugendarbeit informiert (WTG).
- Ein Maßnahmenpaket wird entwickelt, mit dem ein positives Image "der Jugend" und ein entsprechender Meinungsbildungsprozess in der Öffentlichkeit angeregt werden.

- Mit dem Ziel der Stärkung der Informationskompetenz der Jugendlichen hinsichtlich ihrer Rechte und des Zugangs zu bestehenden Angeboten, werden regionale Workshops der Jugendinfos verstärkt angeboten. Es wird ein nationaler Leitfaden "Informationskompetenz" entwickelt.

Weitere Perspektiven

- Es wird ein Konzept für ein nationales Kinderrechte-Monitoring entwickelt. Ziel ist es, die Umsetzung der Kinderrechte-Konvention zu überwachen und Empfehlungen für Verbesserungen abzugeben.
- Es wird eine Evaluation der Transferleistungen und Förderungen im Hinblick auf Wirksamkeit und Zielsicherheit durchgeführt.
- Informationskompetenz wird Bestandteil der Regelschul-Lehrpläne.
- Ein Maßnahmenpaket für verbesserte Barrierefreiheit - sowohl im baulichen Bereich wie auch im Internet - mit einem speziellen Fokus auf junge Menschen wird entwickelt und umgesetzt.

4.5 Freiwilligentätigkeit

Status Quo

In Österreich gibt es eine lange und im europäischen Vergleich ausgeprägte Tradition des freiwilligen Engagements, vor allem auch auf Gemeindeebene. Eine Vielzahl an Organisationen und Projekten leistet wertvolle Beiträge in den unterschiedlichsten Einsatzgebieten. Freiwilliges Engagement ermöglicht den Erwerb von wertvollen Kompetenzen. Die Anerkennung dieser nicht-formal und informell erworbenen Kompetenzen im formalen Bildungssystem sowie durch Arbeitgeber/innen ist bisher erst ansatzweise realisiert. Die Förderung von freiwilligem Engagement ist größtenteils auf spezifische Formen, wie etwa Freiwilligendienste, beschränkt. Rahmenbedingungen und Anreizsysteme für zeitgemäßes freiwilliges Engagement sind weiterzuentwickeln.

Vision

Freiwillige Tätigkeiten werden in Österreich unterstützt und anerkannt. Junge Menschen, die sich freiwillig engagieren, gewinnen daraus nicht nur eine Vielzahl von Erfahrungen und Entwicklungsmöglichkeiten, sondern auch konkrete Vorteile für ihr zukünftiges Leben (z.B. im Beruf). Die Gesellschaft profitiert von der freiwillig geleisteten Arbeit auf vielfältige Weise, sie anerkennt und unterstützt diese Leistungen.

Maßnahmen

- Austausch und Diskussion über mögliche Verbesserungen der Rahmenbedingungen werden ressortübergreifend und auf allen Ebenen forciert.
- Es wird ein Katalog von Qualitätskriterien für Freiwilligenarbeit - speziell in der Jugendarbeit - entwickelt, der insbesondere auf die Ausbildung der freiwillig Tätigen ausgerichtet ist.
- Die Verbindung von Freiwilligenarbeit, Teilhabe und sozialer Eingliederung soll Gegenstand eines Forschungsprojektes sein.

Weitere Perspektiven

- Es wird ein "Anerkennungstool" entwickelt und umgesetzt. Damit sollen die im Rahmen von Freiwilligentätigkeit erworbenen Kompetenzen dargestellt und mittels eines von Unternehmen anerkannten Zertifizierungssystems bestätigt werden.
- Es wird eine gemeinsame "Plattform" geschaffen, mit der freiwilliges Engagement sichtbar gemacht wird. Dies umfasst u.a. Datenbanken mit Projekten und Freiwilligen, die Prämiierung nationaler Leuchtturmprojekte und die öffentliche Danksagung an Freiwillige.
- Es wird ein Konzept für "Freiwilligenmanagement" in der Jugendarbeit entwickelt und umgesetzt.
- Es wird ein attraktives Anreiz- und Belohnungssystem für freiwilliges Engagement geschaffen, das sich an national und international erfolgreichen Projekten orientiert.

4.6 Partizipation

Status Quo

Österreich ist mit einem Wahlalter von 16 Jahren in Europa Vorreiter bei der demokratischen Partizipation junger Menschen. Es gibt in Österreich vielfältige Formen der Beteiligung, wie Interessenvertretungen Jugendlicher oder entsprechende Projekte auf Gemeinde- oder Landesebene. Trotzdem ist die gesellschaftliche Beteiligung Jugendlicher unzureichend. Partizipationsangebote werden vielfach nicht wahrgenommen. Jugendlichen wird von Medien Politikverdrossenheit nachgesagt. Es stellt sich daher die Frage, ob die existierenden Formen der Beteiligung den Bedürfnissen der heutigen Jugend entsprechen - und wie Hürden speziell für Gruppen aus benachteiligten Verhältnissen verringert werden können.

Vision

Österreich verfügt über Formen und Methoden der Beteiligung, die junge Menschen ansprechen und zu tatsächlicher Mitbestimmung führen. Partizipation ist das leitende Handlungsprinzip aller Maßnahmen, die Jugendliche betreffen. Es wird grundsätzlich das Maximum an Partizipation angestrebt.

Maßnahmen

- Die Jugendstrategie wird von Anfang an durch einen partizipativen Dialog-Prozess begleitet. Dieser Dialog-Prozess wird in einen "strukturierten Dialog" übergeführt. Partizipation ist Arbeitsprinzip der gesamten Jugendstrategie.
- Die per Gesetz mit dem Status als "Sozialpartner" ausgestattete Bundesjugendvertretung wird konsequent in die Entstehung jugendrelevanter Bundesgesetze eingebunden.
- Es werden auf regionaler, landesweiter und nationaler Ebene Fortbildungsveranstaltungen für die Verwaltung, pädagogisch Tätige, politische Entscheidungsträger/innen, Wirtschaftstreibende etc. zur konsequenten Partizipation von Jugendlichen angeboten.
- Die im Rahmen der ARGE Partizipation (BMWFJ, Landesjugendreferate, BJV) erarbeiteten Standards für Jugendbeteiligung werden auf den Bereich der digitalen Medien erweitert und angepasst.

- Ein Barcamp (offenes Veranstaltungsformat) "e-Partizipation" wird durchgeführt. Ziel ist die Diskussion und Sammlung von digitalen Beteiligungsformen sowie die Identifikation ihrer Entwicklungspotenziale.
- Eine Erhebung über bestehende e-Beteiligungsangebote in Österreich wird durchgeführt und veröffentlicht.

Weitere Perspektiven

- Politische Bildung wird als Unterrichtsfach eingeführt. Lehrpersonen werden qualifiziert, eine zeitgemäße Didaktik zu politischer Bildung anzuwenden. Jugendarbeitsfachpersonen werden für eine zeitgemäße Didaktik zu politischer Bildung im außerschulischen Kontext qualifiziert.
- Das öffentlich-rechtliche Fernsehen wird durch eine breite Allianz unter Federführung des Jugendressorts aufgefordert, Jugendformate zu starten und auszubauen, die auch Tagespolitik und gesellschaftlich relevante Themen aufgreifen und in jugendgerechter Form sowie mit dem Fokus auf die Anliegen Jugendlicher berichten.
- Eine Plattform für den Austausch und die Vernetzung von Beteiligungsprojekten sowie für die Darstellung und Präsentation von Leuchtturmprojekten wird geschaffen.

4.7 Gesundheit und Wohlbefinden

Status Quo

Jugendliche stehen - wie Erwachsene - vor der Herausforderung, einen gesunden Lebensstil in die Praxis umzusetzen. Risikofaktoren wie Tabak, Alkohol und Ernährungsstörungen haben im Jugendalter besondere Relevanz. Das subjektive Wohlbefinden wird auch durch psychosoziale Belastungen wie schulischen Leistungsdruck, Arbeitslosigkeit, Zukunftsängste oder auch den Druck, einem bestimmten Schönheitsideal zu entsprechen, geschwächt. Bildungsferne Jugendliche scheinen dabei gefährdeter und können mit Informations- und Präventionsmaßnahmen über das Schulsystem nicht mehr erreicht werden. Junge Menschen wollen sich wohl fühlen. Fitness hat für sie einen hohen Stellenwert, "Gesundheit" steht für sie aber nicht im Vordergrund. Jugendliche müssen auch in diesem Bereich lernen, mit Risiken umzugehen.

Vision

Maßnahmen der Gesundheitsförderung, der gesundheitlichen Vorsorge, der Aufklärung und der Prävention erfolgen koordiniert. Der Fokus wird auf die jeweiligen Bedürfnisse, die Entwicklung und die Lebenssituation Jugendlicher sowie die Grundsätze des Empowerment der Jugendlichen gelegt. Die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen - insbesondere der Kinder und Jugendlichen - haben Vorrang vor anderen Interessen. Österreich bietet jungen Menschen adäquate niederschwellige Maßnahmen der Gesundheitsförderung, die junge Menschen befähigen, bestmöglich für die Erhaltung und Förderung ihrer eigenen Gesundheit zu sorgen.

Maßnahmen

- Im Rahmen eines Round Table zum Thema "Psychische Gesundheit Jugendlicher" werden neben dem Austausch aktueller Forschungserkenntnisse auch bestehende Angebote dokumentiert und Handlungsfelder aufgezeigt.
- Ein Schwerpunkt "Jugend" wird bei der Bundesstelle für Sektenfragen gestartet. Dazu werden Gemeinschaften und Angebote, die speziell (auch) für Jugendliche und junge Erwachsene attraktiv sind, entsprechend deklariert. Es werden Workshops für Multiplikator/innen zum Thema „Weltuntergang“ und dem pädagogischen Umgang mit damit zusammenhängenden Ängsten angeboten. Weiters werden Workshops für Multiplikator/innen entwickelt und angeboten, die deren Sensibilität erhöhen und sie mit entsprechendem Basiswissen ausstatten sollen.
- Eine Tagung "Freiräume" zum Thema "Freiraumbeschaffung" wird unter Einbindung von Schule, Sport, Medizin und anderer Bereiche (z.B. Landesverteidigung) durchgeführt.
- Am Jugendportal wird ein Bewegungsschwerpunkt gesetzt.
- Maßnahmen der Elternbildung zu Ernährung, Gesundheit und Wohlbefinden werden verstärkt gesetzt und beworben.
- Eine Workshop-Reihe "Sex Talks 2.0" wird in der Medien-Jugend-Info (MJI) gestartet. Jugendliche sollen in die Lage versetzt werden, vertrauenswürdige Quellen zu kennen und zu erkennen, Internetpornografie als solche zu verstehen und nicht als ernstzunehmende Quelle für Information über Sexualität einzustufen. Sie sollten zudem über „Grooming“ und „Sexting“ Bescheid wissen und Angebote für Online-Beratung kennen.

Weitere Perspektiven

- Ein Wettbewerb zum Thema "Ernährung" wird durchgeführt, bei dem entsprechende Projekte in der außerschulischen Jugendarbeit ausgezeichnet werden.
- Workshop- und Fortbildungsangebote zu Gesundheitsthemen für Jugendarbeitsfachpersonen werden gestartet.
- Ein „Bewegungstag“ wird etabliert, an dem junge Menschen die Möglichkeit bekommen, lokale Sportstätten und Sportvereine kennenzulernen und an dem prominente Vorbilder aus dem Sport für Fragen und Hilfestellung zur Verfügung stehen.
- Ein didaktisches, methodisches und strukturelles Konzept "Sexualpädagogik" wird ausgearbeitet und umgesetzt.
- Eine Initiative "Verantwortungsvolle Werbung" wird gestartet, die bei Werbepreisverleihungen eine neue Kategorie „Ernährung & Gesundheit“ kuratiert und begleitende Informationsmaßnahmen setzt.

4.8 Kreativität und Kultur

Status Quo

Jugendliche drücken sich gerne kreativ aus und sind tendenziell an Kultur interessiert. Musik nimmt einen sehr hohen Stellenwert im jugendlichen Leben ein. Jugendkultur ist trotzdem oft eher eine Randerscheinung. Die Förderung jugendkultureller Ausdrucksformen wird zwischen Jugend- und Kulturbereich mit Verweis auf unklare Zuständigkeiten mitunter „hin und her geschoben“. Die Nutzung des Internet, von Computern und von elektronischen Unterhaltungsgeräten ist für Kinder und Jugendliche eine Selbstverständlichkeit und wichtiges Instrument sowohl jugendkulturellen Austauschs wie auch kreativer Gestaltung. Die Be-

dienung dieser Technologien ist längst zu einer wichtigen Qualifikation am Arbeitsmarkt geworden. Darüber hinaus ist der zentrale Ansatz des "Web2.0" und der "Sozialen Netzwerke" das "Mitmachen" und somit das kreative Gestalten. Soziale Netzwerke sind auch künstlerische und (sub-)kulturelle Schauplätze. Die Verfasser/innen von Blogs und Nutzer/innen von Twitter leisten journalistisch relevante Beiträge.

Vision

Das kreative Potenzial junger Menschen kann sich entfalten. Jugendkultur wird gesellschaftlich als wertvoller und eigenständiger kultureller Beitrag wahrgenommen und anerkannt. Ebenso wird das kreative und schöpferische Potenzial der Jugend als Chance für Wirtschaft und Arbeitsmarkt, für die demokratische und politische Entwicklung des Landes sowie für Forschung und Wissenschaft wahrgenommen, anerkannt und gefördert. Die Nutzung sogenannter "neuer" Medien und Technologien wird unter den Aspekten der Chancen und Potenziale betrachtet. Maßnahmen des Jugendschutzes sind auf Stärkung und Eigenverantwortung ausgerichtet. Sie werden lediglich subsidiär im Wege von Regulierungen und Einschränkungen ergänzt.

Maßnahmen

- Das BMWFJ unterstützt die Etablierung eines Netzwerks von FabLabs in Österreich, um den Zugang für Kinder und Jugendliche zu verbessern und entsprechende Angebote zu setzen.
- Im Rahmen der Medien-Jugend-Info des BMWFJ wird ein niedrighschwelliger Robotik-Workshop für Mädchen im Alter von 8-11 Jahren entwickelt und angeboten. Multiplikator/innen werden geschult, diese Workshops in ihrer jeweiligen Einrichtung anzubieten.
- Jugendarbeitsfachpersonen werden für Kulturvermittlung qualifiziert.

Weitere Perspektive

- Es werden adäquate Fördermechanismen zwischen dem Jugend- und dem Kulturressort vereinbart, die den Zugang zu Förderungen für jugendkulturelle Initiativen und Projekte erleichtert.
- Es werden Ausstellungsräume, Kultur-Veranstaltungsstätten und Kunsthochschulen für die Jugendarbeit bzw. für junge Menschen geöffnet. Auftritts- und Ausstellungsmöglichkeiten für junge Künstler/innen werden aktiv bereitgestellt und gefördert.
- Ein Archiv für Jugend(sub)kulturen in Österreich wird gegründet.
- Kreativität und innovative Ideen von Jugendlichen und aus der Jugendarbeit werden für die Wirtschaft nutzbar gemacht.
- Die Bereitstellung von jugendgerechter Information zu Kulturangeboten in allen Medien wird gefordert und gefördert.

5 First Steps 2012

Die Umsetzungsorientierung der Jugendstrategie zeigt sich daran, dass das BMWFJ ausgewählte Projekte - auf Basis der bereits formulierten Ziele und Maßnahmen – als „First Steps“ umgehend realisiert.

5.1 Allgemeine und berufliche Bildung

Status Quo

Die Bildung der Eltern und deren Vorstellung, welche Berufslaufbahn für ihre Kinder geeignet ist, bestimmen in hohem Maße die berufliche Zukunft der Heranwachsenden. Die Berufswahl der Jugendlichen konzentriert sich auf vergleichsweise wenige „Lieblingsberufe“. Ende 2011 wurden 47,9% der weiblichen Lehrlinge in nur 3 Lehrberufen (Einzelhandel, Bürokauffrau, Friseurin) ausgebildet. Bei den männlichen Lehrlingen betrug der Anteil der 3 häufigsten Lehrberufe zusammen lediglich rund 34%. Hier sind die beliebtesten Lehrberufe Metalltechniker, gefolgt von Elektrotechnik und Kfz-Technik (vgl. Jugendbeschäftigungsbericht, BMWFJ 2012).

Die Anerkennung non-formal und informell erworbener Qualifikation ist zum Thema geworden.

Vision

Der Zugang zu adäquaten Aus- und Weiterbildungsangeboten wird gefördert und ermöglicht. Es werden geeignete Unterstützungsmaßnahmen für diejenigen bereitgestellt, die etwaige Hürden nicht selbstständig überwinden können. Österreich entwickelt eine Kultur des lebenslangen Lernens auf Basis der LLL-Strategie der Bundesregierung. Weiters werden die von Jugendlichen informell und non-formal erworbenen Kompetenzen abgebildet und öffentlich dargestellt. Ein entsprechender Anerkennungsmodus, welcher diese Qualifikationen auch für die Wirtschaft aufbereitet, wird geschaffen.

Ziel

In der Jugendarbeit und Jugendinformation Tätige unterstützen und begleiten Unternehmen bei der Einschätzung und Bewertung der informell und non-formal erworbenen Qualifikationen ihrer (zukünftigen) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

First Step: Non-formale Bildung on Tour

Mitarbeiter/innen der Jugendarbeit und Jugendinformation bieten regionale Informationsveranstaltungen für Unternehmen und Personalverantwortliche an. Dabei werden jene Qualifikationen präsentiert, die Jugendliche informell und non-formal in der außerschulischen Jugendarbeit erwerben können. Darüber hinaus soll der regionale Austausch von Einrichtungen der Jugendarbeit und Jugendinformation sowie der Unternehmen forciert werden.

Formales, non-formales und informelles Lernen

- Formales Lernen findet üblicherweise an Einrichtungen der allgemeinen oder beruflichen Bildung statt und weist strukturierte Lernziele, Lernzeiten und Lernförderung auf. Aus Sicht des Lernenden ist es zielgerichtet und führt zur Zertifizierung.
- Non-formales Lernen findet nicht an einer Einrichtung der allgemeinen oder beruflichen Bildung statt und führt üblicherweise nicht zur Zertifizierung. Es ist jedoch intentional aus Sicht des Lernenden und weist strukturierte Lernziele, Lernzeiten und Lernförderung auf.
- Informelles Lernen findet im Alltag, am Arbeitsplatz, im Familienkreis oder in der Freizeit statt. Es ist nicht strukturiert und führt normalerweise nicht zur Zertifizierung. Es ist in den meisten Fällen nicht intentional aus Sicht des Lernenden.

Beispiele für informell und non-formal erworbene Qualifikationen

- Eine Jugendliche übernimmt stundenweise den (alkoholfreien) Barbetrieb im Jugendzentrum. Sie lernt dabei (mit Unterstützung der Mitarbeiter/innen) die ordentliche Lagerhaltung der Getränke, die Organisation des Einkaufs und den Barbetrieb kennen und all dies sukzessiv selbständig durchzuführen. Sie erwirbt dabei Kompetenzen wie Genauigkeit, Organisationsgeschick und eigenständige Arbeitsweise.
- In Peer Projekten werden Jugendliche geschult zu Themen wie Sucht oder Konfliktlösung mit anderen Jugendlichen zu diskutieren, als Ansprechpersonen bei Problemen zur Verfügung zu stehen oder Einführungsreferate zur Thematik zu halten. Sie erwerben dabei zahlreiche Qualifikationen wie Gesprächsführung, Präsentationstechniken und soziale Kompetenzen wie den Umgang mit konfliktbeladenen Situationen.
- In Bundes- und Landesjugendorganisationen mit einem hohen Grad an jungen, ehrenamtlichen Mitarbeiter/innen sind diese auch für die Projektierung, Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen, Jugendlagern und internationalen Treffen verantwortlich, die bis zu einigen tausend Teilnehmenden haben können. Hierbei können die Jugendlichen Qualifikationen aus den Bereichen Projektplanung und Veranstaltungsmanagement und interkulturelle Kompetenzen erwerben, sowie ihre sprachlichen Qualifikationen ausbauen.

5.2 Soziale Eingliederung

Status Quo

Jugendliche sind in gesellschaftliche Prozesse tendenziell weniger eingegliedert als andere Gesellschaftsgruppen. Sie verfügen oft noch nicht über die notwendigen Erfahrungen, um von ihren Rechten und Möglichkeiten Gebrauch zu machen. Umgekehrt werden derzeit die Auswirkungen von Maßnahmen und Entscheidungen der Politik und Verwaltung auf Jugendliche nur punktuell beachtet. Jugendliche werden nur stellenweise als Stakeholder wahrgenommen und einbezogen.

Darüber hinaus ist die soziale Eingliederung beispielsweise für Jugendliche aus bildungsfernen Schichten oder mit Migrationshintergrund schwieriger als für andere Gruppen.

Vision

Österreich fördert die soziale Eingliederung der jungen Menschen durch vielfältige Maßnahmen, die den Zugang für Jugendliche erleichtern, auf die Bedürfnisse verschiedener Gruppen Rücksicht nehmen und Jugendliche selbstverständlich als einen wichtigen Teil der Gesellschaft behandeln.

Ziel

Die ab 2013 erforderliche "Wirkungsorientierte Folgenabschätzung (WFA) bei Regelungsvorhaben und sonstigen Vorhaben" (§17 BHG 2013) wird für den Bereich "Kinder und Jugend" effizient umgesetzt.

First Step: WFA-Schulungen für das Modul "Kinder und Jugend"

Die Abteilung Jugendpolitik des BMWFJ bietet in Zusammenarbeit mit der Bundes-Jugendvertretung und den Bundesnetzwerken der Offenen Jugendarbeit und Jugendinformation vertiefende Schulungen zum Modul "Kinder und Jugend" des WFA-Tools für die mit Legistik befassten Mitarbeiter/innen anderer Ressorts an.

Wirkungsorientierte Folgenabschätzung

Die "Wirkungsorientierte Folgenabschätzung bei Regelungsvorhaben und sonstigen Vorhaben" (gemäß Bundeshaushaltsgesetz 2013), kurz WFA, dient der Abschätzung der Auswirkungen von Regelungsvorhaben (z.B. Gesetzes- und Verordnungsentwürfen) und von Vorhaben von außerordentlicher finanzieller Bedeutung durch den Bund. Bundesgesetze sind ab 2013 u.a. danach zu prüfen, welche Auswirkungen sie auf junge Menschen haben. Die Ergebnisse dieser (standardisierten) Prüfung sind entsprechend schon im Entwurfsstadium darzustellen, um eine größere Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit und dem Gesetzgeber zu gewährleisten. Durch diese Prüfung wird gleichzeitig ein verstärktes Bewusstsein geschaffen, inwiefern durch das Vorhaben Jugendliche betroffen sind. Die WFA ist also ein wichtiges Instrument zur Bewusstseinsbildung.

Um Legistinnen und Legisten in den Bundesministerien entsprechend zu sensibilisieren werden im 2. Halbjahr 2012 entsprechende Schulungen angeboten und ein Tool zur Verfügung gestellt, das diese Bewertung erleichtern soll.

5.3 Kreativität und Kultur

Status Quo

Die Nutzung von Internet, Computern und elektronischen Unterhaltungsgeräten ist für Kinder und Jugendliche eine Selbstverständlichkeit. So haben laut der 2. Oberösterreichischen Jugend-Medien-Studie 2011 jeweils über 90% der oberösterreichischen Jugendlichen im Alter von 11-18 Jahren einen Fernseher, Computer oder Laptop, DVD-Player, Fotoapparat oder Digitalkamera, Handy, Internetzugang sowie ein Radio zur Verfügung. Mit diesen Medien und Technologien sind - wie in der Öffentlichkeit häufig diskutiert - eine Reihe von möglichen Gefahren verbunden. Die Bandbreite reicht von unerwünschten, jugendgefährdenden Inhalten

über Cybermobbing und „Abzocke“ bis hin zu exzessiver Nutzung (Suchtverhalten). Diesen Problemen steht eine große Vielfalt an Chancen und positiven Möglichkeiten gegenüber. So ist die Nutzung der Technologien längst auch zu einer wichtigen Qualifikation am Arbeitsmarkt geworden. Der zentrale Ansatz des "Web2.0" und der "Sozialen Netzwerke" ist das "Mitmachen" und somit das kreative Gestalten. Durch Handy und Digitalkamera werden entsprechende soziale Netzwerke auch zu künstlerischen und (sub-)kulturellen Schauplätzen. Die Verfasser/innen von Blogs (Weblogs, "Tagebücher" im Internet) und Nutzer/innen von Twitter (einem Service zum Austausch von Kürzest-Nachrichten) leisten journalistisch relevante Beiträge.

Von pädagogischer Seite sind eine Vielzahl von Initiativen und Trägern bemüht, die Gefahren dieser "neuen" Medien zu reduzieren und gleichzeitig Chancen und Potenziale zu stärken. Seitens des BMWFJ wurde im Sommer 2011 die Medien-Jugend-Info (MJi) eingerichtet. Von August 2011 bis Mai 2012 wurden 159 Workshops mit über 2.500 Teilnehmer/innen durchgeführt. Ziel der MJi ist es dabei, neue medienpädagogische Konzepte zu entwickeln und zu erproben.

Vision

Das kreative Potenzial junger Menschen kann sich entfalten. Jugendkultur wird gesellschaftlich als wertvoller und eigenständiger kultureller Beitrag wahrgenommen und anerkannt. Ebenso wird das kreative und schöpferische Potenzial der Jugend als Chance für Wirtschaft und Arbeitsmarkt, für die demokratische und politische Entwicklung des Landes sowie für Forschung und Wissenschaft wahrgenommen, anerkannt und gefördert. Die Nutzung sogenannter "neuer" Medien und Technologien wird unter den Aspekten der Chancen und Potenziale betrachtet. Maßnahmen des Jugendschutzes sind auf Stärkung und Eigenverantwortung ausgerichtet. Sie werden lediglich subsidiär im Wege von Regulierungen und Einschränkungen ergänzt.

Ziel

Die kompetente Nutzung der elektronischen Medien und Technologien ermöglicht Jugendlichen gelebte Kreativität und Innovation. Sie bietet neue Chancen am Arbeitsmarkt - speziell auch für junge Frauen im Bereich der MINT-Berufe (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik).

First Step: Maßnahmenpaket Medienkompetenz

Im Rahmen der Medien-Jugend-Info des BMWFJ wird ein Paket für die Stärkung der Medienkompetenz Jugendlicher zusammengestellt und angeboten:

- "Jobtalks 2.0": Mitarbeiter/innen der Jugendarbeit und Jugendinformation werden österreichweit zu "Jobtalks 2.0"-Multiplikator/innen ausgebildet. Ziel dieses Workshop-Angebots der Medien-Jugend-Info des BMWFJ ist es, Jugendlichen die Nutzung des Internet als Hilfsmittel der Berufsorientierung, der Berufswahl und des Berufseinstiegs zu vermitteln. Sie lernen, auf ihren eigenen "digitalen Ruf" ebenso zu achten, wie auf die Seriosität von Jobangeboten. Sie setzen sich mit den eigenen Stärken und Interessen auseinander, erproben Bewerbungssituationen und vieles mehr.

- Netzwerk der FabLabs: Das BMWFJ unterstützt die Etablierung eines Netzwerks der FabLabs in Österreich. So wird die Weitergabe und der Austausch didaktischer Konzepte ermöglicht, mit denen die FabLabs den Zugang für Kinder und Jugendliche verbessern und entsprechende Angebote setzen.
- „Robotik für Mädchen“: Es wird ein niedrighschwelliger Robotik-Workshop für Mädchen im Alter von 8-11 Jahren entwickelt und angeboten. Darauf aufbauend werden Pädagog/innen und Jugendarbeiter/innen geschult, Robotik-Workshops in ihrer jeweiligen Einrichtung anzubieten.

6 Ausblick

Die hier vorgestellte erste Phase der Entwicklung der Jugendstrategie liefert einen ersten Überblick über den gesamten Prozess und bisher gestartete Aktivitäten. Zahlreiche Schritte dieses Prozesses sind erst in Planung. Eine möglichst weitreichende Planung ist wesentlich für die weitere erfolgreiche Entwicklung des Projekts. Der nachfolgende Überblick zeigt, welche Faktoren und Elemente dabei eine wichtige Rolle spielen werden.

6.1 Weitere Entwicklung der First Steps

Die skizzierten möglichen Maßnahmen orientieren sich an inhaltlichen Kriterien und an ihrer Umsetzbarkeit. Neben der grundsätzlichen konzeptionellen Arbeit sollen bereits möglichst früh konkrete Vorhaben und Projekte innerhalb der Jugendstrategie verwirklicht werden. Dies garantiert den Praxisbezug der Arbeit. Gleichzeitig kann Feedback im weiteren Entwicklungsprozess berücksichtigt werden.

2012 werden die bereits vorgestellten First Steps ergänzt. Es wird eine an die Handlungsfelder angepasste Liste von Aktivitäten erstellt. Dies erfolgt unter Einbeziehung der Jugendarbeit, die ihre Erfahrung im direkten Umgang mit Jugendlichen einbringen kann, sowie unter Einbeziehung weiterer Stakeholder aus den jeweiligen Handlungsfeldern. Das Grundlagenpapier der Jugendstrategie, das Ende 2012 vorliegen soll, wird neben der Aufstellung der ersten Schritte auch eine grobe Abschätzung des jeweiligen Zeitplans umfassen. Damit ist die Basis für die weitere inhaltliche Arbeit für die Jugend in Österreich in den kommenden Jahren gesichert.

6.2 Partizipation Jugendlicher

Als Politik mit Jugendlichen baut Jugendpolitik auf der aktiven Einbeziehung der Betroffenen auf. Ein weiterer Schwerpunkt der Jugendstrategie in den kommenden Monaten ist es daher, junge Menschen in Österreich in den Prozess einzubinden. Dafür sind passende Formen zu entwickeln bzw. bestehende Möglichkeiten zu nutzen, die einen breiten Zugang und eine angemessene Berücksichtigung von Interessen Jugendlicher erlauben. Auch hier kommt der Zusammenarbeit mit der Bundes-Jugendvertretung und den Bundesnetzwerken der Offenen Jugendarbeit und Jugendinformation großer Stellenwert zu. Dies gilt auch für die Einbeziehung von aktuellen Forschungsergebnissen.

6.3 Auswertung Nationale Aktionspläne/Strategien

Bis Herbst 2012 wird die Auswertung der nationalen Aktionspläne bzw. Strategien in Österreich fertiggestellt. Sie gibt einen umfassenden Überblick über die unterschiedlichen politischen Aktivitäten, die den Jugendbereich betreffen. Diese Analyse soll aufzeigen, wo Anknüpfungspunkte und Vernetzungsmöglichkeiten, aber auch Defizite bestehen. Das ist auch für weitere „First Steps“ von Bedeutung. Die Auswertung soll zudem für Bewusstseinsbildung bei politischen und anderen öffentlichen Akteur/innen genutzt werden, um Jugendpolitik verstärkt als Querschnittsmaterie zu verstehen.

6.4 WTG-Prozess in anderen Ressorts

Das Modell „Wissen-Transparenz-Gestaltungsspielraum“ soll nach der Umsetzung im Modellprojekt des BMWFJ auf weitere Ressorts der österreichischen Bundesregierung ausgedehnt werden. Ziel ist es, vorhandenes Wissen über Jugendpolitik zu erheben und sichtbar zu machen. So können über ressortübergreifende Verknüpfungen Gestaltungsspielräume erweitert werden.

6.5 Koordinationsstelle Jugendpolitik

Die Sichtweise von Jugendpolitik als Querschnittsmaterie und das Ziel, den WTG-Prozess in anderen Ministerien zu etablieren, unterstreichen die Notwendigkeit einer gemeinsamen Abstimmung von politischen Maßnahmen. Das Ziel im Interesse junger Menschen in Österreich muss daher sein, die interministerielle Zusammenarbeit im Jugendbereich zu forcieren und zu koordinieren. Was in Ansätzen durch die Auswertung der Nationalen Aktionspläne deutlich wird – dass jugendpolitisch relevante Aktivitäten in unterschiedlichen Ressorts gesetzt werden – bedarf in Zukunft einer institutionalisierten Stelle, die diese Informations- und Abstimmungstätigkeit unabhängig von aktuellen Projekten durchführt und vorantreibt.

Das BMWFJ ist als Jugendministerium für diese Rolle prädestiniert, zumal über die laufende Entwicklung der Jugendstrategie weiteres Wissen und Erfahrung in diesem Bereich geschaffen werden. Diese Koordination entspricht auch dem Postulat "youth in all policies" (Berücksichtigung der Interessen junger Menschen bei allen politischen/legistischen Entscheidungen).

6.6 Einbeziehung aller politischen Ebenen

Jugendpolitik darf nicht auf die Bundesebene beschränkt sein. Mit Blick auf das unmittelbare Lebensumfeld sind die entsprechenden Einrichtungen auf Länder- oder Gemeindeebene den jungen Menschen deutlich näher. Die Jugendstrategie wird daher nach der Grundsatzarbeit einen WTG-Prozess auf allen politischen Ebenen anstreben. Deshalb ist zusätzlich zur interministeriellen Zusammenarbeit auch die vertikale Kooperation mit Ländern und Gemeinden unverzichtbar. Dies unterstreicht die Notwendigkeit einer entsprechenden Koordinierung. Für das "Jugendministerium" sind daher die "Landesjugendreferate" erste Partner. Darüber hinaus sind die lokalen Jugendorganisationen wesentliche Ansprechpartner, die durch ihr Wissen und die Verankerung vor Ort zur Umsetzung der Jugendstrategie beitragen können. Dies gilt besonders auch mit Blick auf die aktive Einbindung und Teilhabe von Jugendlichen.

6.7 Europäische Ebene

Bereits jetzt orientiert sich die Jugendstrategie an den jugendpolitischen Themenfeldern der EU. Im Laufe des Entwicklungsprozesses wird angestrebt, Erkenntnisse der Arbeit aus Österreich auf EU-Ebene einzubringen bzw. eine Abgleichung der Strategie mit bestehenden best-practice-Modellen zu betreiben.

7 Anhang

Die bisher erfassten Nationalen Aktionspläne und Strategien

	Koordinierendes bzw. herausgebendes Ressort
E-Government Aktionsplan	BKA
Österreichische Sicherheitsstrategie	BKA
Österreichisches Reformprogramm	BKA
Aktionsplan Konsumentenschutz	BMASK
Aktionsplan Menschen mit Behinderung	BMASK
Aktionsplan für Integration	BMI
Aktionsplan gegen Menschenhandel	BMASK
Strategie für lebenslanges Lernen	BMUKK
Aktionsplan Ernährung	BMG
Kindergesundheitsstrategie	BMG
e-Health-Strategie	BMG
Aktionsplan Nanotechnologie	BMLFUW
Aktionsplan Kinder-Umwelt-Gesundheit	BMLFUW
Aktionsplan für Frauen, Frieden und Sicherheit	BMeiA
Aktionsplan für den österreichischen Kapitalmarkt	BMF
Nationaler Aktionsplan "Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt"	BKA
Nationaler Aktionsplan Schifffahrt	BMVIT
Aktionsplan Ressourceneffizienz	BMLFUW
Aktionsplan für nachhaltige öffentliche Beschaffung	BMLFUW
Aktionsplan für eine gesunde Umwelt für unsere Kinder	BMLFUW
Aktionsplan für Öko-Innovationen	BMLFUW
Aktionsplan Futtermittel	BMLFUW
Aktionsplan Raus aus Atom	BMLFUW
Nationaler Aktionsplan für das Stockholmer Übereinkommen über Persistente Organische Schadstoffe	BMLFUW
Aktionsplan Umgebungslärm	BMLFUW
IVS-Aktionsplan Österreich	BMVIT
Aktionsplan E-Mobilität	BMVIT
Breitbandinitiative	BMVIT
Aktionsplan zur Erhöhung der Motorradsicherheit	BMVIT
Österreichische Arbeitsschutzstrategie	BMVIT
Aktionsplan Erneuerbare Energie	BMWFJ
Aktionsplan Tourismus	BMWFJ
Aktionsplan Energieeffizienz	BMWFJ
Aktionsplan für Forschende	BMWF



**BUNDESMINISTERIUM FÜR
WIRTSCHAFT, FAMILIE UND JUGEND**

1010 Wien | Franz-Josefs-Kai 51 | www.bmwfj.gv.at